

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1949

34 (22.3.1949)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

O.F.L.S.

4. Jahr Nr. 34 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Dienstag, 22. März 1949

„Nationale Selbsthilfe überwindet nationalen Notstand“

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom deutschen Volksrat einstimmig angenommen

Berlin. (UT) Am Nachmittag des 19. März wurde vom Plenum des Deutschen Volksrates der Verfassungsentwurf gutgeheißen und der Wortlaut der Verfassung einstimmig angenommen. Vor der Abstimmung betonte der geschäftsführende Präsident, daß der Deutsche Volksrat vor einer bedeutungsvollen, entscheidenden Abstimmung und wohl auch vor einem seiner schönsten Augenblicke stehe. Durch Aufstehen von den Plätzen bekräftigten alle Frauen und Männer des Deutschen Volksrates, daß sie der demokratischen Verfassung für Gesamtdeutschland ihre Zustimmung geben.

Vor dem Eingang des Hauses der Deutschen Wirtschaftskommission, in dem die sechste Tagung des Deutschen Volksrates stattfindet, wehen schwarz-rot-goldene Fahnen. Auch der Sitzungssaal ist in den gleichen Farben drapiert. Ueber dem Präsidium auf der Bühne stehen in großen Lettern die Worte: „Für Einheit und gerechten Frieden!“

Unser Naturrecht

Nach der Eröffnungsansprache Prof. Dr. Kastner (LDP), sprach Otto Nuschke (CDU) zu dem Thema: „Nationaler Notstand — nationale Selbsthilfe“. Oft von Beifall unterbrochen, schilderte er die kritische Situation. Statt über das Angebot Stalins, über allgemeine Abrüstung und Sicherung der Einheit Deutschlands zu verhandeln, haben die westlichen Alliierten ein Militärbündnis geschaffen, das die Welt in zwei Lager teilt und unmittelbar den Frieden bedroht. Man will dem deutschen Volk den Frieden vorenthalten. „Wir haben keine Waffen“ ruft Otto Nusch-

Kurz berichtet

Weitere 2000 Heimkehrer aus der Sowjetunion trafen im Lager Gronenfelde am Samstag ein.

Die Mitgliederzahl der Freien Deutschen Jugend ist im Februar um 62 000 auf 526 000 angestiegen, gab der Vorsitzende der FDJ, Erich Honecker, bekannt.

Als Mitläufer wurde Oskar von Hindenburg von der Entnazifizierungskommission Uelzen eingestuft.

Der Kriegsverbrecher Wilhelm Bormann wurde von einem polnischen Gericht wegen Ermordung von 70 Polen zum Tode verurteilt.

Ungültig erklärt wurden die Münchner Stadtratswahlen vom 30. 5. 1948 vom Verwaltungsgericht München. Der Stadtrat hat Berufung eingelegt.

38 000 kg Kaffee und 25 000 Tafeln Schokolade, die für das Schwarzhändler-Lager Bergen-Belsen geschmuggelt werden sollten, wurden von der Polizei beschlagnahmt.

Gegenstände im Wert von 500 000 DM wurden von der bayrischen Polizei im Februar beschlagnahmt.

14 000 Opfer des Krieges forderten in Paderborn die Sicherstellung von Arbeitsplätzen. 30 000 Jugendliche des Landes Sachsen werden in diesem Jahre in den Heimen der FDJ Erholung finden.

Die Einführung der Fünf-Tage-Woche und 200 Entlassungen mußten die Hanomag-Werke in Hannover vornehmen.

Lübeck ist zum Sterben verurteilt durch die Blockade der Westmächte, die die wirtschaftliche Verbindung mit Mecklenburg abwürgt, erklärte der Lübecker Oberbürgermeister.

321 Todesopfer in der vergangenen Woche forderte die auf den britischen Inseln herrschende Grippe-Epidemie.

Der Staat Israel ist von der finnischen Regierung de jure und von der griechischen Regierung de facto anerkannt worden.

Der Waffenstillstand zwischen Israel und dem Libanon wurde unterzeichnet.

Eine Demonstration gegen den Atlantik-Pakt in Apulien wurde von der Polizei blutig auseinandergetrieben. Es gab mehrere Tote.

Eine Lohnerhöhung von sieben Cent pro Stunde haben die amerikanischen Eisenbahner erreicht. Ferner wird die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden bei gleichbleibender Entlohnung herabgesetzt.

Ueber „richtiges Verhalten im kalten Krieg“ in den Schulen Unterricht zu erteilen, empfiehlt der nationale Verband für Erziehungswesen in den USA.

Der UN-Vermittler Ralph Bunche stellte fest, daß die Entsendung britischer Truppen nach Akaba gegen die Waffenstillstandsresolution des Sicherheitsrates verstoße.

Gegen die Weigerung der amerikanischen Regierung, einer ungarischen Delegation die Einreise zu der in New York stattfindenden Friedenskonferenz der Geistesschaffenden, zu erlauben, wendet sich die ungarische Regierung.

ke, „und wir wollen keine Waffen haben, aber wir nehmen das Naturrecht für uns in Anspruch, über unsere Republik selbst zu entscheiden.“

„Gemeinsam wollen wir fordern“

Nachdem sich der stürmische Beifall zu den Worten Otto Nuschkes gelegt hat, ergreift nach einer kurzen Pause Wilhelm Pieck (SED), das Wort zur Begründung eines Antrages von äußerster Wichtigkeit.

„Schließt Frieden mit Deutschland!“

Nach ausführlicher Diskussion über das Referat Otto Nuschkes billigt der Deutsche Volksrat einstimmig eine Entschließung „Nationale Selbsthilfe überwindet nationalen Notstand“ worin er das an die Regierungen der Sowjetunion, USA, Englands und Frankreichs gerichtete Friedensmanifest „Schließt Frieden mit Deutschland“ bestätigt und im Namen des deutschen Volkes fordert:

1. Ausarbeitung der Grundprinzipien für den Friedensvertrag aufgrund der Beschlüsse von Jalta und Potsdam.

Pieck führt aus, daß die Existenz und Zukunft des deutschen Volkes in höchster Gefahr sind. Statt Friedensvertrag gibt man ein Besatzungsstatut, wonach Deutschland auf Jahrzehnte besetzt bleiben, eine Kolonie des angloamerikanischen Imperialismus und Aufmarschgebiet für einen neuen Krieg werden soll. Eine noch größere Katastrophe als der Hitlerkrieg bedroht das deutsche Volk.

Wenn auch schärfste Kritik an der Haltung gewisser Parteipolitiker im Westen nötig ist, so läßt sich doch feststellen, daß sich die Anzeichen einer besseren Einsicht auch in diesen Parteien mehren. Das veranlaßt uns, den im Westen bestehenden Körperschaften, dem Parlamentarischen Rat in Bonn und dem Zweizonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt den Vorschlag zu machen, gemeinsam mit dem Deutschen Volksrat zu einer Konferenz zusammenzukommen (brausender Beifall). Wir wol-

2. Wiederherstellung der Währungseinheit für das gesamtdeutsche Gebiet und Aufhebung der Wirtschaftsschranken zwischen den Zonen.

4. Bildung einer deutschen Zentralregierung aus Vertretern der Parteien und der demokratischen Organisationen. Diese provisorische Regierung muß schon durch ihre Zusammensetzung gewisse Garantien für eine entschlossene und stabile Friedenspolitik bieten.

5. Einberufung einer Friedenskonferenz unter Teilnahme der provisorischen deutschen Regierung.

Atlantik-Pakt zerreißt die Welt

Wortlaut des Aggressions-Paktes veröffentlicht

London. Am Freitag wurde in den Signaturländern der Wortlaut des Atlantik-Paktes, der in 14 Artikeln niedergelegt ist, veröffentlicht. Trotz der Bemühungen der Urheber dieses Paktes, durch heuchlerische Phrasen über ihre „friedlichen Absichten“, den Zweck dieses Kriegspaktes zu verschleiern, geht aus dem Text des Vertrages klar hervor, daß dieser Pakt als wichtigste Waffe der amerikanischen Aggressionspolitik die Welt in einen neuen Krieg stürzen soll.

Der Atlantik-Pakt steht im Gegensatz zur Charta der Vereinten Nationen, denn laut der Charta der UN ist lediglich der Abschluß von Regionalpakten zugelassen. Der Atlantik-Pakt ist aber nicht als ein Regionalpakt aufzufassen, da er Gebiete wie Algerien, Italien und Norwegen einschließen soll, die von den Vereinten Staaten sehr weit entfernt sind.

In Artikel 3 des Vertrages heißt es: „... um die Verwirklichung der mit diesem Vertrag erstrebten Ziele so tatkräftig wie möglich zu erreichen, werden die vertragschließenden Mächte beständig und in wirksamer Weise ihre eigenen Mittel entwickeln und sich gegenseitig Beistand leisten.“ Hier wird zwischen den Zeilen eine intensive Wiederaufrüstung angekündigt.

Artikel 4 sieht vor, daß die Signatarmächte sich jedes Mal, wenn ihre „politische Unabhängigkeit“ oder ihre „Sicherheit“ bedroht ist, gegenseitig zu Rate ziehen. Es ist dies eine vage und scheinheilige Klausel, derzufolge die Vereinten Staaten militärisch eingreifen und einen Krieg entfesseln können, falls z. B. in Frankreich oder in Italien eine ihnen nicht genehme Regierung an die Macht käme. Die

USA könnten sich in diesem Falle auf den genannten Artikel des Paktes beziehen und erklären, die politische Unabhängigkeit dieser Länder sei bedroht.

In Artikel 5 heißt es: „Die vertragschließenden Mächte sind darüber einig, daß ein Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als Angriff gegen alle vertragschließenden Mächte aufgefaßt wird. In einem solchen Falle werden sie sofort Maßnahmen einschließlich des Waffengebrauchs treffen. Als bewaffneter Angriff ist anzusehen: ein Angriff gegen das Staatsgebiet einer der Mächte in Europa oder Nordamerika, gegen die französischen Verwaltungsgebiete in Algerien, gegen die Besatzungstreitkräfte in allen Teilen Europas oder gegen Schiffe und Luftfahrzeuge in diesen Gebieten.“ Dieser Artikel ermöglicht den Vereinten Staaten, an jedem ihnen beliebigen Ort und zu jeder Stunde einen Konflikt heraufzubeschwören, indem sie „Angriffe“ auf irgend ein Schiff oder Flugzeug im nordatlantischen Gebiet auslösen. Da Westdeutschland in die nordatlantische Zone einbezogen wird, wäre es ein leichtes, einen Zwischenfall im Berliner Luftkorridor zu provozieren.

Gewerkschaften kündigen Lohnstreik an

Weitere Ausdehnung der Lohnkämpfe — Ständig zunehmende Arbeitslosigkeit

Wiesbaden. Der Vorsitzende des deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Hans Boeckler, kündigte an, daß in absehbarer Zeit mit einem Lohnstreik von etwa einer Million Metall- und Bergarbeiter an der Ruhr zu rechnen ist, falls die Anfang April geplanten Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern über eine Erhöhung der Nominallöhne bis zu 30 Prozent scheitern.

Das Personal der Filmtheater in Rheinland-Pfalz hat eine 15prozentige Lohnerhöhung rückwirkend ab 1. Januar 1949 auf die Tariflöhne erwirkt.

Die Landarbeiter der Bizonen erstreben eine Lohnerhöhung um mindestens 25 Prozent. Diese Forderung mußte sogar die Frankfurter Verwaltung als angemessen anerkennen. Gewerkschaften und Unternehmer der Landwirtschaft haben für Ende März den Beginn von neuen Lohnverhandlungen vereinbart.

Die Arbeitslosigkeit stieg in Nordrhein-Westfalen in den beiden ersten Märzwochen von 127 410 auf 136 456 weiter an. Die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich ebenfalls von 7356 Ende Februar auf rund 11 000 am 15. März.

Im Baugewerbe haben in den letzten Wochen besonders auch mittlere und größere

Betriebe Entlassungen vornehmen müssen. Zum Teil gingen die Baubetriebe zur 40-Stunden-Woche über, um Entlassungen zu vermeiden. — Auch das Schuhmacher-Handwerk mußte weitere Entlassungen vornehmen. Die Schuhmachermeister klagen darüber, daß in ihren Werkstätten viele Paare reparierter Schuhe stehen, welche die Kundschaft wegen Geldmangels nicht abholt.

Mainz. Die nächste Sitzung des Gewerkschaftsrates der Bizonen und der Gewerkschaftsvertreter der franz. Zone findet am 29. und 30. März in Münster a. Stein statt. Auf der Tagesordnung stehen die noch offen gebliebenen Fragen aus den Verhandlungen, die unlängst in Königswinter um die Verschmelzung der Gewerkschaften der drei westlichen Besatzungszonen geführt wurden.

Teilergebnis der Wahl in Frankreich

Paris. Bei Redaktionsschluß lagen folgende Teilergebnisse der französischen Wahlen vor:

Abgegebene Stimmen	4,1 Millionen
KP	916 000 = 22,15 Proz.
RPF (de Gaulle)	920 000 = 22,25 Proz.
Sozialistische Partei	647 000 = 15,64 Proz.
Vereinigung der Republikan. Linksparteien	394 000 = 9,54 Proz.
MRP	300 000 = 7,25 Proz.

Appell an die ganze Welt

Otto Grotewohl erhält am Vormittag des zweiten Verhandlungstages das Wort zu seinem Referat. Er geht ausführlich auf das Papier von Bonn ein, das mit einem noch nicht verkündeten Besatzungsstatut und den Generalvorstellungen der Gouverneure „Balance“ halten soll. Die falsche Politik von Bonn werde mehr und mehr auf dem Wege des nationalen Verfalls enden.

Die Behauptung, Deutschland sei durch die bedingungslose Kapitulation völlig entrechtet, sei ebenso unrichtig wie jene, daß wir auf Gedeih und Verderb den Alliierten ausgeliefert wären. Die Behauptung vom Verlust unserer Souveränität werde nur konstruiert, um die Politik der vollkommenen Unterwerfung unter den Willen der westlichen Besatzungsmächte vor dem Volk zu rechtfertigen. Es gäbe kein Aufhören der Souveränität eines Volkes. Die Geschichte habe bewiesen, daß die Knechtung von Völkern auf die Dauer vergeblich sei: „Nationaler Notstand erzeugt nationale Selbsthilfe.“

Alle Regelungen, die den gemeinsam getroffenen Abmachungen der Alliierten in Potsdam widersprechen, sind völkerrechtswidrig, fährt Grotewohl fort und schließt mit den Worten: „Dieser Verfassungsentwurf wird der Appell an die ganze Welt sein, der deutschen Demokratie zu helfen in ihrem Kampf um ihr Leben und ihre Durchsetzung. . . Er wird der Appell an unser Volk sein, sich um diese Verfassung zu scharen als um die Fahne, für die es sich zu kämpfen lohnt, weil sie uns alle in ein glückliches Leben führt, in ein Leben der Freiheit, des Friedens und der Demokratie.“

Die Aussprache zum Referat Grotewohls war von hohem Niveau und lebhafter Eindringlichkeit. Staatsrechtler und Politiker, Jugendführer und Frauen, Gewerkschafter und Bauern, Professoren und die Wortführer der Arbeitsgemeinschaften des Volksrates sprachen zu dem Verfassungsentwurf, der dann — nach einstimmiger Annahme — an den Volkskongreß überwiesen wird.

Dritter Deutscher Volkskongreß wird einberufen

Der Deutsche Volksrat beschloß zur Sicherung des Friedens und der Einheit Deutschlands den deutschen Volkskongreß einzuberufen. In einer weiteren Entschließung wird die britische Militärregierung unter schärfstem Protest aufgefordert, die am 18. März, dem Jahrestag der Revolution von 1948, beschlagnahmten schwarz-rot-goldenen Fahnen herauszugeben und die Verhafteten wieder freizulassen.

Reimanns-Verurteilung rechtswidrig

Der Deutsche Volksrat billigt ferner das Gutachten des Ausschusses für Recht und Rechtspflege zur Verurteilung Max Reimanns, in dem nachgewiesen wird, daß Reimanns Verurteilung rechtswidrig ist. Am Schluß der Tagung nahm der Volksrat einstimmig eine Entschließung an, die sich für die breiteste Teilnahme der deutschen Volksmassen an der Vorbereitung und Durchführung des Weltfriedenskongresses ausspricht.

Militärregierung zum Südwest-Staat

Baden-Baden. Die französische Militärregierung teilt mit:

1. Die deutsche Presse hat in den letzten Tagen eine Anzahl Artikel über das Problem Baden-Württemberg veröffentlicht.

2. Die zuständigen Dienststellen der französischen Militärregierung bemerken dazu, daß die genannten Artikel im allgemeinen den französischen Gesichtspunkt unrichtig ausgelegt haben, und daß dieser nochmals genauer bestimmt werden muß.

3. Da Frankreich darum besorgt ist, die Grundsätze der Demokratie zu achten, ist es fest entschlossen, der Bevölkerung absolut freie Wahl zu lassen. Diese Wahl kann entweder zugunsten eines neugeschaffenen deutschen Südweststaates, Baden und Württem-

berg umschließend, oder zugunsten der wiederhergestellten historischen Staaten, Baden und Württemberg, ausfallen.

4. Endlich, fügt die Militärregierung hinzu, hat Frankreich niemals eine Aenderung der jetzigen Verteilung der Besatzungstruppen als Vorbedingung zu Gebietsumgestaltungen gestellt.

US-Militärregierung gegen Wiedergutmachungsgesetz für Nazi-Opfer

Stuttgart. Die US-Militärregierung hat nach einer Mitteilung des Leiters des Koordinationsbüros der süddeutschen Länder, Graf Wedel, das Entschädigungsgesetz (Wiedergutmachungsgesetz für politisch, rassisch und religiös Verfolgte) abgelehnt.

16000 Deutsche werden von der „Grenzregulierung“ betroffen

Düsseldorf. Die beabsichtigten Gebietsabtretungen entlang der westdeutschen Grenze zugunsten der benachbarten Staaten betragen ca. 10 Quadratkilometer. Dabei werden rund 16000 Deutsche betroffen, heißt Ministerpräsident Arnold im nordrhein-westfälischen Landtag mit. Der KPD-Abgeordnete Renner wies darauf hin, daß diese Maßnahme in schroffem Widerspruch zu den Abkommen von Jalta und Potsdam stehe.

In Frankfurter Kreisen wurde die holländische Behauptung zurückgewiesen, es handle sich nur um „arme Landstriche“. Die von Holland geforderten Bentheimer Oelfelder seien keineswegs arme Landstriche und außerdem die größten Oelvorkommen Westdeutschlands.

Flüchtlinge wieder auf der Straße

Husum. Mit der Evakuierung der ersten 150 von insgesamt 1300 Flüchtlingen von dem Flugplatz Westerland wurde in der vergangenen Woche begonnen. Nach einem Befehl der britischen Militärregierung muß der Flugplatz bis zum ersten April geräumt werden.

Politische Entmündigung der Beamten beginnt

Frankfurt. Nachdem das Beamtengesetz der Militärregierungen in Kraft getreten ist, müssen, wie der Leiter des Personalamtes beim Verwaltungsrat, Oppler, erklärte, zunächst alle Beamten der bizonalen Dienststellen jegliche politische Tätigkeit aufgeben, bis durch Ausführungsbestimmungen eine Klärung geschaffen ist. Das Personalamt steht auf dem Standpunkt, daß die Mitgliedschaft in einer politischen Partei und Tätigkeiten als Parteifunktionär solange nicht untersagt sind, wie keine öffentliche Betätigung damit verbunden ist.

Gleichzeitig hat der Verwaltungsrat in Ausführung des Beamtengesetzes beschlossen, daß die Beamten der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes, die Mitglieder des Wirtschaftsrates oder der Landesparlamente sind, ihre Mandate sofort niederzulegen oder Dienstverhältnis zu lösen haben.

USA-Kapital will in französische Zone eindringen

Budapest. Ueber die Versuche amerikanischer Finanzkreise, Industrie-Betriebe der französischen Zone in die Hand zu bekommen, schreibt die Zeitung „Hirlap“:

„Anfang Februar d. J. trafen sich deutsche Industrielle in Baden mit Vertretern der französischen Trusts. Sie kontrollieren gemeinsam eine ganze Reihe von Betrieben in der französischen Zone. Zu diesen Betrieben und Gesellschaften, deren Aktienmehrheit und Kontrolle sich in den Händen der Franzosen befinden, gehören die Badische Anilin- und Sodafabrik, IG. Farbenindustrie in Ludwigshafen sowie die Badische Kaligesellschaft. Die deutschen Industriellen schlugen den Franzosen vor, zusätzliche Aktien in Höhe von 10 Millionen Mark herauszugeben, die nach ihrem Vorschlag unter deutschen Firmen verteilt werden sollen. In Kreisen der französischen Fachleute, so schreibt die Zeitung, wurde bekannt, daß die deutschen Industriellen, die den Franzosen diesen Vorschlag unterbreiteten, als Strohmänner des amerikanischen Trusts Standard Oil of New Jersey auftreten, der die Kontrolle über die angeführten Betriebe an sich reißen möchte.“

„Alle friedliebenden Menschen müssen sich vereinigen“

New York. Aus 24 Ländern liegen bisher Anmeldungen zur Teilnahme an dem am Freitag stattfindenden Weltfriedens-Kongreß der Geistesschaffenden in New York vor.

Der bekannte französische Atomforscher, Professor Joliot-Curie, erklärte im Zusammenhang mit der Einberufung des Weltfriedens-Kongresses, das die Zahl der Kriegshetzer zwar klein, ihr Macht aber sehr groß sei. Deshalb müßten sich alle friedliebenden Menschen im Kampf um den Frieden vereinigen.

Thomas Mann erklärte in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Kongresses, dieser sei ein Hoffnungstrahl für alle friedliebenden Menschen. Thomas Mann drückte in dem Schreiben sein Bedauern darüber aus, daß sich den Veranstaltern der Organisation des Friedenskongresses zahlreiche Schwierigkeiten entgegenstellten.

Sowjetische Geistesschaffenden nach den USA abgereist

Moskau. Eine Delegation sowjetischer Geistesschaffender ist am Sonntag nach New York abgereist, um an dem Weltfriedenskongreß teilzunehmen. Der Delegation gehören u. a. der Generalsekretär des sowjetischen Schriftstellerverbandes Alexander Fadejew, der bekannte sowjetische Komponist Schostakowitsch sowie das Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Oparin, an.

„Gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes“

Erklärung des Parteivorstandes der KPD zum Atlantik-Pakt

Der soeben veröffentlichte Nordatlantikpakt der Westmächte bedeutet einen ersten Anschlag auf den Frieden. Acht Monate hat die Diplomatie des USA-Imperialismus gebraucht, um in Geheimverhandlungen dieses Militärbündnis zustande zu bringen.

Da die Sowjetunion sich noch niemals in der Rolle des Angreifers befunden hat und sich niemals in einer solchen befinden kann, treten die wahren Absichten, welche die USA-Imperialisten der Schaffung des Atlantik-Paktes zugrunde gelegt haben, klar zu Tage. Der Atlantik-Pakt dient nicht der Aufrechterhaltung des Friedens, er ist das diplomatische Instrument zur Vorbereitung eines neuen Krieges gegen die Sozialistische Sowjetunion, gegen die friedliebenden Völker der Volkdemokratien, gleichzeitig aber auch ein Instrument zum Kampf der Imperialisten gegen die fortschrittlichen, demokratischen und friedliebenden Kräfte in allen Ländern.

Die Bildung des westdeutschen Separatstaates soll unter anderem auch die Voraus-

setzung für die Einbeziehung Westdeutschlands in den Atlantik-Pakt schaffen. Das Schicksal, welches die USA-Imperialisten dem deutschen Volke damit aufzwingen wollen, besteht in nichts anderem als in dem Mißbrauch des deutschen Volkes und des wirtschaftlichen Potentials Westdeutschlands für die Realisierung imperialistischer Kriegspläne. Deutschlands soll erneut zum Kriegsschauplatz werden. Die Folge könnte nur sein, daß unser Volk, seine Städte und Siedlungen der völligen Vernichtung preisgegeben würden.

Der Atlantik-Pakt widerspricht den grundlegenden nationalen Interessen des deutschen Volkes. Das deutsche Volk braucht zur Sicherung seiner nationalen Existenz den Frieden. Darum muß es gemeinsam mit den friedliebenden demokratischen Kräften der ganzen Welt gegen den neuen „Anti-Komintern-Pakt“ kämpfen. Für das deutsche Volk kann dieser Kampf nur darin bestehen, seine nationale Unabhängigkeit und Einheit wieder herzustellen.

Italien wehrt sich gegen Angriffspakt

Das de Gasperi hörige Parlament gibt Verhandlungs-Ermächtigung

Rom. Nach 48stündiger Sitzung ermächtigte die italienische Kammer mit 342 gegen 170 Stimmen die Regierung zu Verhandlungen über die Teilnahme Italiens am Atlantik-Pakt.

Das Organ der Kommunistischen Partei Italiens „Unita“ kündigte an, daß der Kampf gegen den Atlantik-Pakt selbst nach einer eventuellen Ratifizierung des Paktes fortgesetzt werde. Das Organ der Mehrheitssozialisten „Avanti“ zeigt sich dem Pakt gegenüber sehr ablehnend und schreibt: „Vor der Geschichte werden wohl 342 Abgeordnete als Kriegshetzer und 170 als Verteidiger des Friedens erscheinen. Der Krieg werde von den Völkern geführt, die Regierung könne ihn lediglich erklären.“

Während der Kammer-Sitzung hatte der italienische Gewerkschaftsbund einen einstündigen Proteststreik gegen den Atlantikpakt angeordnet. Gleichzeitig demonstrierten die Frauenverbände Roms vor dem Parlaments-

gebäude, das durch starke Polizeiverbände gesichert war. In Mailand versuchten Demonstranten die Konsulate der USA und Englands zu stürmen. Zu heftigen Protestkundgebungen gegen den Beitritt Italiens zum Atlantik-Pakt kam es außer in Rom, Mailand, Neapel und Turin, auch in vielen kleineren Städten. Zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet, mehrere Personen verletzt.

Giftgas gegen Freiheitskämpfer

Belgrad. Die Agentur Tanjug veröffentlicht ein Kommuniqué der griechischen Freiheitskämpfer in dem erklärt wird, daß monarcho-faschistischer Truppen im Kampf gegen Einheiten der demokratischen Volksarmee Giftgas zur Anwendung gebracht haben.

Neue Demontagewelle im Ruhrgebiet

Deutsche Konkurrenzfähigkeit wird planmäßig zerstört

Düsseldorf. Die britische Militärregierung überreichte der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eine Liste von 90 Werken, die unverzüglich demontiert werden müssen. Durch die Demontage dieser Werke wird die westdeutsche Wirtschaftskapazität in erheblichem Umfang verringert. Die Auswahl der Betriebe beweist, daß es auch hierbei um die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt geht.

Bei den Werken handelt es sich um Betriebe der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden und um wichtige Zulieferbetriebe für Bergbau und Reichsbahn, sowie um einige Werke der Leichtmetall- und Chemischen Industrie. Im Dortmund-Hörder Hüttenverein werden die größte bisher noch in Deutschland vorhandene Schmelzdepression von 10000 Tonnen, und vier Elektro-Oefen abgebaut. Auf der Liste enthalten ist u. a. auch das Eisenwerk Weserhütte, das führende Werk im Baggerbau, das von besonderer Bedeutung für den Bergbau ist.

Materialzuteilung wird gekürzt

Koblenz. Die Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern von Rheinland-Pfalz hat die

Militärregierung telegraphisch auf die besorgniserregende Materialversorgung der eisenverarbeitenden Industrie des Landes hingewiesen. Bei weiteren Kürzungen im ersten Vierteljahr 1949 ist die Beschäftigung der Betrieben wichtiger Betriebe, sowie die Versorgung des Landes ernstlich gefährdet.

Bayerischer Export zurückgegangen

München. Der bayerische Export ist von 36,9 Mill. DM im Dezember 1948 auf 22,8 Mill. DM im Januar 1949 zurückgegangen. Am erheblichsten ist der Ausfuhrückgang bei Textilien, Porzellan und Schnittholz. In seiner Mitteilung betont das bayerische Wirtschaftsministerium, daß die neuen Export-Bestimmungen der JEIA den Export behindern.

Weitere Belastung der Berliner

Westmark alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel in den Westsektoren

Berlin. Durch Verordnung der amerikanischen, britischen und französischen Militärgouverneure ist mit Wirkung vom Sonntag, 20. März, die Westmark zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Westsektoren Berlins erklärt worden. Die mit „B“ gestempelten Westmark-Noten behalten ihren alten Wert.

Mit Inkrafttreten der neuen Verordnung sind sämtliche Löhne und Gehälter in Westmark zu zahlen. Für sogenannte „Grenzgänger“ ist eine besondere Regelung getroffen. Arbeitnehmer, die ihre Lebensmittel im Ostsektor oder in der russischen Zone beziehen, erhalten nicht mehr als 10 Prozent des Nettolohnes in Westmark. Solche Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz in einem der Westsektoren haben, jedoch Lohn- und Lebensmittelkarten im Ostsektor beziehen, können 30 Prozent ihres Nettolohnes, aber nicht mehr als 100 Ostmark monatlich im Verhältnis 1:1 umtauschen.

Die Arbeitgeber, die Lohnsteuerabzugspflichtig sind, sind im Verhältnis 1:1 Ostmark in Westmark umzutauschen, jedoch nur bis zu einem Betrag, der den Ostmark-Anteil der Lohn- und Gehaltssummen ihrer Arbeitnehmer vom 4.-17. März, bezw. bei Monatsgeldempfängern der Hälfte des Ostmarkanteils der Februarzahlungen entspricht. Die umsatzsteuerpflichtigen Betriebe sind berechtigt, im Verhältnis 1:1 Ostmark in Höhe von 5 Prozent des in einem Monat getätigten Ostmark-Umsatzes in Westmark umzutauschen.

USA lassen UN-Kommission scheitern

Lake Success. Das Generalsekretariat der UN veröffentlichte am Mittwoch einen Bericht über die vergeblichen Bemühungen des Sachverständigen Ausschusses der neutralen Länder zur Regelung des Berliner Währungsproblems. Hiernach erklärte sich die Sowjetunion bereit, die Empfehlungen der neutralen Kommission als Verhandlungsgrundlage anzunehmen. Diese bedeuteten eine Rückkehr zur Zusammenarbeit der vier Besatzungsmächte. Die USA hatten jedoch Gegenvorschläge ge-

macht, die schließlich zur Einstellung der neutralen Bemühungen führten.

In einer vorangegangenen Stellungnahme hatte die französische Regierung Presseanträge zurückgewiesen, die Frankreich für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich machen wollten. Die französischen und britischen Sachverständigen hätten zunächst die Vorschläge der UN-Kommission grundsätzlich angenommen. Dagegen habe sich die Haltung der Amerikaner, der sich dann Frankreich und Großbritannien angeschlossen hatten, im Laufe der Verhandlungen immer mehr versteift und schließlich zur Ablehnung geführt.

Moderner Sklavenhandel

Deutsche Frauen und Mädchen sollen nach Uebersee „exportiert“ werden

Paris. Die französische Zeitung „Soir Dimanche“ beschuldigt den Leiter des Internationalen Büros für Hausangestellte, James Conton, junge deutsche Frauen aus den Westzonen an südamerikanische Bordelle zu verkaufen. In einem Dementi des britischen Arbeitsministers wird zwar erklärt, daß das Arbeitsministerium nichts mit der Sache zu tun habe. Darin erblickt die französische Zeitung die Schuldigerklärung des Leiters des Internationalen Büros für Hausangestellte. Die Zeitung verweist ferner auf Anfang Februar in Hannover stattgefundene Verhandlungen zwischen dem europäischen Vertreter des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Brown, mit dem SPD-Vorsitzenden Schumacher, bei denen der Frauen-Uberschub in Deutschland diskutiert wurde. Brown vertrat die Ansicht, daß für Millionen deutscher Frauen ohne Zukunft in ihrer Heimat sich glänzende Möglichkeiten in Uebersee bieten.

Landtag erst am 24. März

Freiburg. Die ursprünglich für den 22. März vorgesehene Landtagssitzung ist auf Donnerstag, den 24. März, 15 Uhr, verschoben worden. In der Diskussion über die Regierungserklärung wird die Fraktion der KP eine wichtige Erklärung abgeben.

Besatzungskosten und ähnliche Zahlen

Einer Erhebung des bizonalen Länderrates vom 7. Januar zufolge werden die Besatzungskosten in den Ländern der Westzonen in der Zeit vom 21. 6. bis 31. 12. 1948 wie folgt angeführt:

Unmittelbare Besatzungskosten:

Bizone: 1286,2 Mill. DM, das sind 31,17 DM je Einwohner, 27,7 Prozent aller Steuereinnahmen mit 18,6 Prozent des gesamten Finanzbedarfs.

Französische Zone: 172,9 Mill. DM, das sind 34,30 DM je Einwohner, 38,9 Prozent aller Steuereinnahmen und 22,8 Prozent des gesamten Finanzbedarfs.

Westzonen: 1459,1 Mill. DM, das sind 31,51 DM je Einwohner, 28,6 Prozent aller Steuereinnahmen und 19 Prozent des gesamten Finanzbedarfs.

Besatzungsfolgekosten:

Bizone: 328,4 Mill. DM, das sind 7,96 DM je Einwohner, 7,1 Prozent aller Steuereinnahmen und 4,7 Prozent des gesamten Finanzbedarfs.

Französische Zone: 50,8 Mill. DM, das sind 10,08 DM je Einwohner, 11,4 Prozent aller Steuereinnahmen und 6,7 Prozent des gesamten Finanzbedarfs.

Westzonen: 379,2 Mill. DM, das sind 8,19 DM je Einwohner, 7,4 Prozent aller Steuereinnahmen und 4,9 Prozent des gesamten Finanzbedarfs.

Besatzungskosten insgesamt:

Bizone: 1728,8 Mill. D., das sind 41,90 DM je Einwohner, 37,2 Prozent aller Steuereinnahmen und 25 Prozent des gesamten Finanzbedarfs.

Französische Zone: 233 Mill. DM, das sind 46,23 DM je Einwohner, 52,4 Prozent aller Steuereinnahmen und 30,7 Prozent des gesamten Finanzbedarfs.

Westzonen: 1961,8 Mill. DM, das sind 42,67 DM je Einwohner, 38,5 Prozent aller Steuereinnahmen und 25,5 Prozent des gesamten Finanzbedarfs.

Volkserhebung in Südchina

Nanking. Aus Süd-China werden ausgedehnte Aufstände gemeldet. Die Volkserhebungen gegen die Nanking-Kanton-Regierung spielen sich in den Provinzen Junnan, Kwantung und Hunan und auf der Insel Hainan ab. General Yui, der bisher im Lager der Nanking-Regierung stand, hat sich gegen die Nanking-Regierung erhoben und sich in den Besitz des Hafens Swatau, etwa 280 Kilometer nordöstlich von Hongkong gesetzt.

Die Demokratische Volksarmee Chinas führt zur Zeit einen gewaltigen Artillerieaufmarsch am Jangtse durch. Artillerie-Einheiten in Stärke von mehr als 100000 Mann mit eroberten schweren Geschützen, amerikanischen und japanischer Herkunft, sind vom Norden her in Anmarsch auf den Jangtse. In Zentral-China haben sechs demokratische Armeen Hsintai erreicht. Mehrere demokratische Armeegruppen stehen längst des Jangtse zum Uebersetzen bereit.

Aus dem Parteileben

Am 15. 3. verstarb nach langjähriger Krankheit unser Gen. Robert Osterloh. Wir werden ihm stets ein treues Andenken bewahren. Kommunistische Partei Stadtkreisleitung Baden-Baden

Baden-Baden. Mittwoch, den 23. 3., 20 Uhr, Schulungsabend, Sellenstraße 3, parterre. Am 1. 4. 1949 findet im Gasthaus zum Balzenberg eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Kommunalpolitischer Bericht über die Kreiskonferenz in Rastatt.

Freiburg. Am Mittwoch, 23. März, 20 Uhr, findet in der Vaubanstraße 12 eine Betriebsarbeiterkonferenz statt. Auf der Tagesordnung steht die Stellungnahme zur Solinger Parteikonferenz.

Singen. Unser Genosse Albert Ziegler wurde durch einen plötzlichen Tod aus unseren Reihen gerissen. Seine kämpferische Haltung soll uns Verpflichtung sein.

UNSER TAG / VOLKSZEITUNG FÜR BADEN
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstraße 1
Tel. 1374. Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg
Verantwortlich: H. Jerrtrup

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur bei Beifügung von Rückporto.
Verlag: Südwest-Verlag eGmbH, (17b) Offenburg
Hauptstraße 115, Postfach 361, Fernruf 2207
Erscheint dienstags, donnerstags und samstags
Bezugspreis monatlich 2.- DM, Postabon. 2.20 DM.

Schutz den jungen Händen

„Schutz den jungen Händen“ war die Losung der deutschen Arbeiterjugendbewegung im Jahre 1904. Sie ist heute noch gültig. Mehr denn je ist die schaffende Jugend heute im Zeitalter der hohen Preise und niedrigen Löhne das Objekt der Ausbeutung durch den Unternehmer. Die gesamte südbadische Jugend fordert deshalb ein neues fortschrittliches Jugendarbeitsschutzgesetz.

Vor nunmehr drei Jahren verkündete die Freie Deutsche Jugend die Grundrechte der jungen Generation, in deren Mittelpunkt die Forderungen der werktätigen Jugend standen. In der Ostzone wurden diese Forderungen durch die Kraft der demokratischen Organisationen bald in die Tat umgesetzt. Den größten Anteil an diesem Erfolg hatte die Jugend, weil sie die einige FDJ besaß. Sie erhielt das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben, der Urlaub wurde erhöht, die Arbeitszeit verringert und ausreichende Ruhepausen wurden eingeführt. Im Westen wurden der Jugend viele schöne Versprechungen gemacht, aber nichts für sie getan. Weil die Jugend in viele Organisationen aufgesplittert war, konnte sie selbst ihren Forderungen nicht den notwendigen Nachdruck geben.

Die Jugend regt sich

Die wirtschaftliche Entwicklung nach der Währungsreform hat vielen jungen Menschen die Augen über ihre wirkliche Lage geöffnet, und mehr und mehr befassen sie sich mit den Fragen einer Verbesserung ihrer Lage. Vor mehr als einem halben Jahre haben sich auf Initiative der Freien Demokratischen Jugend und der Gewerkschaften die Jugendverbände gemeinsam zusammengeschlossen, den Entwurf eines neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes in kurzer Zeit ausgearbeitet und den zuständigen Regierungsstellen zugeleitet.

Der Entwurf entspricht den Bedürfnissen der Jugend

Der Entwurf beruht weitgehend auf den Bestimmungen, wie sie nun schon seit zwei Jahren in der Ostzone in Kraft sind. Er gibt — wie es in der Einleitung heißt — der Jugend weitgehend Schutz vor Ausnutzung ihrer Arbeitskraft, gewährleistet ihr die zur beruflichen Weiterbildung und zur Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben erforderliche Freizeit und soll ihr die volle körperliche und geistige Entwicklung ermöglichen. Wenn auch der Zweck dieses Gesetzes in der kapitalistischen Ordnung niemals völlig erreicht werden kann, so bedeutet seine Verwirklichung doch eine wesentliche Verbesserung für die arbeitende Jugend.

Wir geben nachstehend einige wichtige Auszüge aus dem Entwurf wieder:

Kinderarbeit ist verboten;

Die Arbeitszeit für Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr darf 42 Stunden und für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahre 45 Stunden in der Woche nicht überschreiten;

Berufsschulzeit gilt als Arbeitszeit und wird bezahlt;

An Sonn- und Feiertagen dürfen Jugendliche nur in Ausnahmefällen beschäftigt werden;

Junge Schriftsteller der Ostzone werden gefördert

In Radebeul wurde ein Zonenlehrgang der FDJ für junge Autoren und Schriftsteller der Ostzone eröffnet. Die Nachwuchskräfte sollen hier die Gelegenheit erhalten, ihre Fähigkeiten voll auszubilden. In der Eröffnungssprache erklärte der Vertreter des Landesvorstandes Sachsen der FDJ, jede künstlerische Gestaltung müsse von den realen Begebenheiten des Lebens ausgehen. Als Referenten sind namhafte Dichter und Schriftsteller wie Anna Seghers, Alexander Abusch, Johannes R. Becher und Ludwig Renn gewonnen worden.

und körperlicher Entwicklung befindliche Jugend einen ausreichenden Urlaub braucht. Ihnen geht es nicht um eine gesunde Jugend, sondern nur um ihre Profite.

Sämtliche Jugendverbände einmütig hinter ihrem Gesetz

Vertreter der Parteien schließen sich an

In einer Besprechung bei dem Staatspräsidenten betonten noch einmal die Vertreter sämtlicher Jugendverbände, daß sie gerade in der Frage desurlaubes an ihren Forderungen festhalten werden. Der Staatspräsident versprach daraufhin, die Jugendverbände zu unterstützen. Um auch die Stellungnahme der Parteien kennen zu lernen, lud der Landesjugendausschuss kürzlich die Vertreter der CDU, SPD, KPD und der DP ein. Der Vertreter der CDU äußerte zunächst einige Bedenken in der Urlaubsfrage, besonders aber hinsichtlich des Streikrechts für Jugendliche, ließ sich aber dann doch von den Argumenten der Jugendverbände überzeugen. Bedauerlicherweise war der KPD-Vertreter der einzige, der im Namen seiner Partei die volle Unterstützung des Gesetzesentwurfes im Landtag zusichern konnte. Die anderen Parteivertreter konnten nur für ihre Person die Zustimmung geben. Mit allen Stimmen wurde dann ein Antrag des Vertreters der KP angenommen, worin der Landtag aufgefordert wird, dem Entwurf ohne große Diskussion Gesetzeskraft zu erteilen.

Nun wird es sich sehr bald zeigen, wem die Interessen der arbeitenden Jungen und Mädel wirklich am Herzen liegen und wem es ernst damit ist, der Jugend zu helfen. Die südbadische Jugend wird auf den Landtag schauen.

Länger als 4 Stunden dürfen Jugendliche nicht ohne Ruhepausen hintereinander beschäftigt werden;

Die Mindestdauer desurlaubes im Kalenderjahr beträgt für jeden Jugendlichen unter 18 Jahren 24 Arbeitstage;

Akkordarbeit für Jugendliche unter 16 Jahren ist verboten;

Bei gleicher Arbeit und Leistung ist die Benachteiligung Jugendlicher in Bezug auf die Entlohnung gegenüber Erwachsenen verboten;

Jugendliche können sich im selben Maße an Streiks beteiligen wie erwachsene Arbeitnehmer;

Ueber die Durchführung des Gesetzes werden Jugendschutzkommissionen aus Vertretern der Gewerkschaften, die bei den Gewerbeaufsichtsamtern gebildet werden.

Die Widerstände gegen das Gesetz

Die Direktion Arbeit beim Wirtschaftsministerium ließ längere Zeit verstreichen, bis sie zu dem Entwurf Stellung nahm. Sehr bald offenbarte sich, wer hinter dieser Verzögerung steckte. Die Unternehmer. Sie wollen insbesondere nichts von einem 24-arbeits-tägigen Urlaub wissen. Durch den Mund einiger Behördenvertreter ließen sie deshalb bekanntmachen, daß ein solcher Urlaub zu finanziellen Schwierigkeiten in manchen Betrieben führen und sich daraus eine Lehrlingsfeindlichkeit der Unternehmer herausbilden könnte. Den Unternehmern ist es also vollkommen gleichgültig, ob die in geistiger

Betriebsjugend verlangt Inkraftsetzung des Gesetzes

Aus einem Offenburger Betrieb geht uns die nachfolgende Entschlüsselung zu, die wir wunschgemäß veröffentlichen:

„Wir Mädel und Jungen der Betriebsjugendgruppe des Südwest-Verlages haben mit Genugtuung vernommen, daß sich in der letzten Landesjugendausschusssitzung die Vertreter aller Jugendverbände und der vier politischen Parteien ausnahmslos für die schnellste Inkraftsetzung des Jugendarbeitsschutz-Gesetzes ausgesprochen und eine entsprechende Entschlüsselung an den Badischen Landtag gerichtet haben.“

Wir erwarten von der Regierung, daß der Entwurf schnellstens an den Landtag geht und von den Parteien die Annahme des Jugendarbeitsschutzgesetzes in seiner jetzigen Form.

Wir rufen alle werktätigen jungen Menschen in Südbaden auf: Setzt euch mit uns ein für ein Gesetz, das unsere Ausbeutung mildern wird und unsere gerechten Ansprüche auf genügend Freizeit und Urlaub und anständige Arbeitsbedingungen sichert.

Schließt Euch zusammen in euren Betrieben und Werkstätten und sendet ähnliche Entschlüsselungen an die Regierung, den Landtag und die Parteien.

Wenn wir in einer gemeinsamen Front stehen, werden wir erfolgreich sein in unserem Kampf um Arbeit, Brot, Recht und Aufstiegsmöglichkeiten für die arbeitende Jugend.

Wir sind der Meinung, daß nunmehr auch die gesamte werktätige Jugend zum Kampf um ihre Rechte aufgerufen werden muß, damit alle jugendfeindlichen Unternehmer und Regierungsstellen erkennen, welche Kraft dahinter steht, damit sie es nicht wagen, ihre Pläne zur Verschlechterung der fortschrittlichen Bestimmungen des Entwurfes in die Tat umzusetzen.

Wir erwarten von der Regierung, daß der Entwurf schnellstens an den Landtag geht und von den Parteien die Annahme des Jugendarbeitsschutzgesetzes in seiner jetzigen Form.

Wir rufen alle werktätigen jungen Menschen in Südbaden auf: Setzt euch mit uns ein für ein Gesetz, das unsere Ausbeutung mildern wird und unsere gerechten Ansprüche auf genügend Freizeit und Urlaub und anständige Arbeitsbedingungen sichert.

Schließt Euch zusammen in euren Betrieben und Werkstätten und sendet ähnliche Entschlüsselungen an die Regierung, den Landtag und die Parteien.

Wenn wir in einer gemeinsamen Front stehen, werden wir erfolgreich sein in unserem Kampf um Arbeit, Brot, Recht und Aufstiegsmöglichkeiten für die arbeitende Jugend.

Die Betriebsjugend des Südwest-Verlages

FDJ nicht mehr „staatsfeindlich“

Mainz. Der Ministerrat von Rheinland-Pfalz hat seinen antidemokratischen Entschluß vom 3. September 1948, der die FDJ aus dem Landesjugendring ausschloß, ihr jegliche Unterstützung aus öffentlichen Mitteln versagte, weil sie eine „staatsfeindliche“ Einrichtung sei, zurückgenommen.

Der Landesvorstand der FDJ Rheinland-Pfalz erklärt dazu in einer Stellungnahme: „Der eigentliche Grund für die Zurücknahme war die große Welle der Empörung, die sich der fortschrittlichen Jugend bemächtigte.“

Nach der Aufhebung des Beschlusses befragte die FDJ die Bevölkerung um ihre Mei-

nung. Nachstehend bringen wir einige Auszüge aus den Antworten von Menschen aus allen Schichten und Berufen.

Kurt Schmiegler vom Stadttheater Mainz:

„So wie der Beschluß zeigt, daß man jede fortschrittliche Regierung der Jugend unterbinden will, so zeigt auch die Zurücknahme desselben die Angst dieser herrschenden Gesellschaftsschicht vor dem Unwillen und der Empörung der breiten Massen der Bevölkerung.“

Ein Pfarrer:

„Wir als Geistliche mischen uns nicht in die Politik ein. Aber so, wie es hier getan wurde, kann man bestimmt keine Jugend erziehen.“

mir erklären, er wäre mein Bruder, so müssen Sie zugeben, mein Freund, daß ich eine recht umfangreiche Familie haben müßte.“

„Primo“, sagte Aurel, die wohlgesetzte Rede seines älteren Bruders unterbrechend, „ich verstehe deine Lage sehr gut. Möglicherweise würde ich es an deiner Stelle selbst kaum glauben. Doch ist es eine Tatsache: Ich bin gewachsen, genau wie dieser Tomaso Magaraff... Ich werde dir sofort erzählen, wie das alles war.“

„Gut, ich will Sie mit Vergnügen anhören, mein Freund“, sagte nachgiebig der Chef der Firma mit jener besonderen Zuverlässigkeit, mit der man Geisteskranken begegnet, wenn man nicht die Möglichkeit hat, sich ihrer sofort zu entledigen. „Ich hoffe, das nimmt nicht allzuviel Zeit in Anspruch.“

„Schau einer an!“ rief Aurel entzückt. „Noch niemals habe ich einen so zurückhaltenden, uninteressierten Menschen gesehen. Diesmal wirst du dich wohl in Geduld fassen müssen! Dafür bekommst du auch eine Geschichte zu hören, die wie der unwahrscheinlichste, phantastischste Roman klingt!“

Und seine Erzählung mit Ausrufen, überflüssigen Einzelheiten und gefühlvollen Erinnerungen an seine bittere Lilliputaner-Vergangenheit aus schmückender, berichtete Aurel dem schweigend zuhörenden Primo von dem wunderbaren, unseren Lesern bereits bekannten Vorgang. Er erzählte in der Hoffnung, jetzt gleich müsse das Eis des Mißtrauens schmelzen, jenes Mißtrauens, das ihn aus den aufmerksamen, aber viel zu ruhigen Augen seines Bruders anblickte.

Aber Primo Pádrele hörte geduldig zu, ohne ihn zu unterbrechen und offenbar darauf wartend, wann wohl diese zwar kuriose, aber immerhin ermüdende, im höchsten Grade unsinnige Audienz ihr Ende nehmen werde.

„Und was wünschen Sie, mein Freund?“ fragte er, als Aurel schließlich verstummte.

„Jetzt wünsche ich nichts mehr“, antwortete strahlend Aurel Pádrele. „Jetzt habe ich nur den Wunsch, dich mit Berenike bekannt zu machen und ins Hotel zu fahren, um mich zum

Das Beispiel der Jugend Niedersachsens

Der Kampf um ein fortschrittliches Jugendarbeitsschutzgesetz in Niedersachsen ist ein typisches Beispiel für die Versuche der jugendfeindlichen Kräfte, die Verabschiedung eines solchen Gesetzes zu sabotieren.

Schon lange verlangten die fortschrittlichen Kräfte die Verabschiedung eines ausreichenden Gesetzes zum Schutze der arbeitenden Jugend, das die von der FDJ proklamierten „Grundrechte der jungen Generation“ als Unterlage hat. In Niedersachsen zeigten die amtlichen Stellen jedoch wenig Neigung, die Initiative zu ergreifen. Deshalb brachte die Fraktion der KPD gegen Ende des letzten Jahres ein Gesetz der FDJ ein, das den Wünschen der Jugend voll entsprach. Die Mehrheit des Landtags vergrub es jedoch zunächst einmal in einem Ausschuß, wo die fortschrittlichsten Bestimmungen herausgestrichen wurden. Vor allem das Mitbestimmungsrecht der Jugend in den Jugendarbeitsschutzkommissionen, die die Durchführung des Schutzgesetzes überwachen sollen, wurde ausgeschaltet, und einige andere wesentliche Punkte wurden verschlechtert. Die KPD protestierte, von der fortschrittlichen Jugend aus den Betrieben unterstützt, gegen diese Machenschaften, die übrigen Parteien waren aber offenbar nicht gewillt, ihre Haltung zu ändern. Am 21. 10. 1948 wurde so im Niedersächsischen Landtag ein Jugendarbeitsschutzgesetz endgültig angenommen, das wesentliche Lücken enthält. Trotzdem ist es aber nicht wertlos, da immerhin Bestimmungen darin enthalten sind wie: 40-stündige Arbeitswoche für Jugendliche von 14—18 Jahren, 24 Tage Urlaub, Verbot von Kinder- und Nachtarbeit für Jugendliche, u. a. m.

Nach der Verkündung des Gesetzes setzten sofort reaktionäre Bestrebungen aus Unternehmer- und Handwerkskreisen ein, die auf eine erneute Aenderung des oben abgeschwächten Gesetzes abzielten. Das hannoversche Handwerk z. B. faßte am 12. 1. 49 einen Beschluß, in dem es u. a. heißt: „Das Jugendarbeitsschutzgesetz vom 9. 12. 48 wird vom Handwerk mit schärfster Ablehnung zur Kenntnis genommen. ... In der Erkenntnis, daß durch das Gesetz der Ausbildungswille und die Entwicklung der Jugendlichen aufs schwerste gehemmt werden, sehen sich die Lehrmeister außerstande, die bestehenden Lehrverhältnisse fortzusetzen und neue Lehrverhältnisse zu begründen.“

Die werktätige Jugend Niedersachsens begriff, daß sie gegen diese Versuche energisch in Aktion treten mußte. Sie sandte Resolutionen an die Regierung ab, in denen sie die unveränderte und sofortige Verwirklichung des angenommenen Gesetzes forderte. So heißt es in einer Entschlüsselung der Jugendsprecherversammlung der Angestellten-Gewerkschaft: „Wir bitten, die Forderungen der Handwerkskammer und des Handels auf Aenderung oder Fortfall des Jugendarbeitsschutzgesetzes unbedingt zurückzuweisen, da nach unserer Ansicht die verbleibende Arbeitszeit unbedingt ausreicht, um das Niveau der Berufsbildung auf einem normalen und gesunden Stand zu halten.“

Die im Landesjugendring Niedersachsen vereinigten Jugendorganisationen schlossen sich der Haltung der Gewerkschaftsjugend in einer gemeinsamen Erklärung an. So hatte die Bewegung der einheitlichen Jugend um das Jugendarbeitsschutzgesetz, die durch die fortschrittlichen Kräfte der Jugend in Niedersachsen ausgelöst worden war, Erfolg. Die Forderungen des Handwerks und der Unternehmer wurden nicht angenommen. Die Jugendlichen Südbadens können aus dem Kampf in Niedersachsen viel lernen. Auch hier sind bereits vor der Verabschiedung des Jugendarbeitsschutzgesetzes Kräfte am Werk, die es sabotieren wollen. Auch hier wird man versuchen, mit allen möglichen Vorwänden die Verwirklichung des Gesetzes auch nach einer Annahme im Landtag zu verzögern. Die südbadische Jugend wird genau so wie in Niedersachsen nur Erfolg haben, wenn sie so einig bleibt, wie sie es bisher erfreulicherweise im Kampf um ihr Gesetz gewesen ist.

Wie hören im Ründfunk

Mittwoch: 12.10 Uhr Mittagskonzert; 17.30 Solistenkonzert, Korssakow; 20 Klingende Filmschau; 21 Konzert, Haydn, Mozart, Debussy, Weber; 23 Tanzmusik.

Donnerstag: 12.10 Uhr Mittagskonzert; 16 Orchesterkonzert, Beethoven; 20 Tanzabend; 22.30 Große Meister, Bach; 23.30 Prof. Scheck und Julius Weismann, Kammermusik.

Berlin und Deutschlandsendung

Sendung für Westdeutschland täglich von 5—7 und 21—21.30 Uhr.

Nachrichten: 5, 6, 7, 13, 16, 17, 19, 22, 24 Uhr. Nach den 19 und 22 Uhr Nachrichten „Kommentar des Tages.“

Mittwoch: 12 Uhr Zeitungsschau; 14 Aus dem Kulturleben; 18.30 „Neues Deutschland“, Westausgabe; 22.20 Deutschlands Stimme; 23.05 Bach, Kaffee-Kantate.

Donnerstag: 12 Uhr Zeitungsschau; 17.45 Gesellschaftswissenschaftl. Kursus; 18.30 „Neues Deutschland“, Westausgabe; 19.15 Hörspiel; 22.20 Volk-hochschule.

abendlichen Bankett umzuziehen. Du wirst sie sicher selbst zum heutigen Fest einladen wollen?“ — Primo Pádrele schwieg.

„Willst du mir denn wirklich so gar nichts sagen?“ fragte Aurel nach einer recht ausge-dehnten Pause.

„Ich habe eine Frage an Sie zu richten“, antwortete der Chef der Firma gewichtig, nachdem er noch eine Weile geschwiegen hatte.

„Gott sei Dank! Endlich fängst du an, wenigstens etwas Interesse für meine Person zu bekunden!“ atmete Aurel befreit auf. „Frag mich rascher, Alter, quäl mich nicht!“

Primo Pádrele erhob sich mit Anstrengung von seinem Sessel, stützte die breiten Hände auf den Schreibtisch, beugte sich ein wenig vor und sagte langsam, den sehr ernsten, sehr ruhigen Blick auf den immer noch lächelnden Aurel gerichtet:

„Sagen Sie, bitte, mein Freund, wo haben Sie meinen unglücklichen Bruder Aurel gelassen?“ (Fortsetzung folgt)



26 Fortsetzung

„Wie hat er mich doch lieb, mein alter Primo!“ dachte Aurel Pádrele gerührt. „Und wie verteuert schön ist es doch, von einem so klugen, herzlichen Mann, wie meinem alten Primo, geliebt zu werden!“

„Er ist hier, in diesem Hause“, sagte Aurel Pádrele, indem er fortfuhr, seinem Bruder eindringlich in die Augen zu blicken, durchglüht von der Hoffnung, dieser möge ihn ganz von selbst, ohne jeden Hinweis, wiedererkennen.

„In diesem Hause?“ horchte Primo auf. „Warum haben Sie es mir nicht gleich gesagt? Ach, mein Freund, mein Freund.“

Er griff nach dem Telefonhörer, aber Aurel hielt seine Hand zurück.

„Sie wollen ihn in seinen Räumen anrufen? Aber dort ist er nicht.“

„Glauben Sie?“

„Ich bin davon überzeugt.“

„Aber wo ist er denn?“ fragte Primo Pádrele nun wirklich gereizt.

„Rufen Sie, Herr Primo Pádrele!“ rief Aurel Pádrele, sprang auf und umarmte seinen Bruder. „Er umarmt Sie, Herr Pádrele, du mein lieber Alter!“ brüllte er, halb lachend, halb weinend. „Hier steht er vor dir, dein Lämmel, dein kleines, abstoßend kleines verlorenes Schäfchen! Er ist nur in der letzten Zeit ein wenig gewachsen!“

Er umarmte Primo Pádrele, der während dieser rührenden Szene eine erstaunliche Ruhe bewahrte, er tätschelte und küßte ihn, er klopfte ihm auf die Schulter, drehte ihn hin und her, zaute an seinem schütterten Haar, streichelte seine Hände mit den kurzen, kräftigen Fingern.

„Siehst du, Primo, das ist meine Überraschung zu deinem Geburtstag! Nun, warum

schweigst du denn? Sag wenigstens etwas zu deinem Aurel!“

Der Chef der Firma löste sich höflich aus seiner Umarmung, strich sich die zerzausten Haare glatt und sagte:

„Hier liegt irgendein bedauerliches Mißverständnis vor, mein Freund. Wir sind einander völlig unbekannt.“

„Wir sind einander unbekannt!“ quetschte Aurel Pádrele entzückt und bog sich vor Lachen. „Er kennt seinen einzigen Bruder nicht! Ach, was ist er doch zerstreut, dieser Herr Primo Pádrele!“

Wir werden uns erneut kennenlernen müssen. Gestatten Sie, mein Herr, daß ich mich vorstelle: Ihr Bruder und ergebenster Diener Aurel Pádrele!“

„Mein Freund!“ unterbrach ihn der Chef der Firma mit einem leichten Unterton des Widerwillens. „Sie sprechen so schnell und Sie... äh... Sie machen so sonderbare Bewegungen, daß ich Sie vielleicht nicht recht verstanden habe... Mir war, als hätten Sie sich meinen Bruder genannt.“

Aurel Pádrele blickte in das gelassene, ernsthafte Gesicht seines Bruders, und die Lage erschien ihm derart komisch, daß er von einem neuen Lachanfall überwältigt wurde. Primo Pádrele wartete geduldig ab, bis Aurel aufgehört hatte zu lachen, und sagte dann herzlich:

„Ich gewinne immer mehr die Überzeugung, daß wir beide Opfer irgendeines im höchsten Grade unsinnigen Mißverständnisses sind. Ich habe über dreißig Jahre mit meinem Bruder zusammen gelebt, und es wäre lächerlich, zu glauben, ich könnte ihn nach einer Trennung von sechs Wochen nicht wiedererkennen. Und würde nun jeden Tag irgend jemand im Auftrage des Herrn Aurel zu mir kommen und

Gewerkschaften gegen Personalabbau

Gekündigte Arbeiter und Angestellte sollen solange im Dienst bleiben, bis ein neuer Arbeitsplatz nachgewiesen werden kann

Die Gewerkschaft der Angestellten und die Gewerkschaft der öffentlichen und kommunalen Betriebe Offenburgs haben zu den von den städtischen und staatlichen Behörden geplanten Abbaumaßnahmen in einer gemeinsamen Sitzung Stellung genommen und ein Schreiben an die in Frage kommenden Instanzen und an die gewählten Stadt- und Kreisräte gerichtet, in dem sie einmütig die Auffassung vertreten, daß es Pflicht der staatlichen und städtischen Behörden sei, einen Abbau von Arbeitern und Angestellten erst dann durchzuführen, wenn in Verbindung mit dem Arbeitsamt bzw. durch direkte Vereinbarung mit privaten Unternehmern den Betroffenen ein neuer Arbeitsplatz zugewiesen werden kann. Die Vertreter der obengenannten Gewerkschaften sind sich darüber einig, daß der heute bestehende Verwaltungsapparat durch den Wegfall von Aufgaben verringert werden muß. Jedoch sollte dies in einer Form geschehen, die einerseits Härten für die Betroffenen ausschließt, sowie andererseits eine erhöhte Belastung des Fürsorgetats vermeidet.

Was nun die Entlassung von Arbeitern anbelangt, so halten die Organisationsvertreter es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß die z. Zt. von den städtischen Dienststellen zu bewältigenden Arbeiten so umfangreich sind, daß bei der Durchführung der Entlassungen in allernächster Zeit Neueinstellungen erfolgen müßten. Die Auffassung, daß in kommunalen Betrieben nicht so rentabel wie in privaten Betrieben gearbeitet würde sei unbegründet und kann durch Tatsachen widerlegt werden. Entlassungen von Arbeitern werden aus diesen Gründen abgelehnt.

Bei der Entlassung von Angestellten stehen die Vertreter der zuständigen Gewerkschaften auf dem Standpunkt, daß Angestellte, die sich auf schwierigen nachkriegsbedingten Aemtern bewährt haben, von der Entlassung ausgeschlossen bleiben sollen. Außerdem verlangen sie, daß neben den sozialen Verhältnissen in erster Linie die politischen Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden müssen. Es geht nicht an, daß Leute, die nach dem Zusammenbruch sich mit ihrer ganzen Person zur Durchführung von wichtigen Arbeiten zur Verfügung gestellt haben, wegen Aufgabe irgendeines Sachgebietes auf die Straße gesetzt werden, während andererseits politisch belastete Beamte ihre Posten behalten oder womöglich wieder eingestellt werden. Nötigenfalls sind bei Abbau irgendeines Sachgebietes Umsetzungen notwendig.

Fleischversorgung Lörrachs gesichert

Lörrach. Der unliebsame Streitfall zwischen Metzger und Viehhändler einerseits und dem Bad. Landw. Hauptverband andererseits, der die Fleischversorgung des Kreises Lörrach in Frage gestellt hatte, konnte nunmehr beigelegt werden. Von den Vertretern obiger Verbände wurde beschlossen, die Viehblaufeuerung in der bisherigen Weise weiter zu handhaben. Die Klassifizierung des Viehes soll sofort in den Schlachtzentren erfolgen. Damit ist ein Streitfall, der schon nahezu ein halbes Jahr die Gemüter erregt, vorläufig beigelegt. Nebenbei ist es aber in der Hauptsache den Gewerkschaften zu verdanken, wenn der für die arbeitende Bevölkerung so nachteilige Streit zur gütlichen Regelung gelangte.

„Weltuntergangsstimmung“ in Lörrach

Lörrach. Die von Mund zu Mund getragene Meldung, wonach am 17. März, morgens 1 Uhr, wieder einmal die Welt untergehen sollte, hat auch in Lörrach große Verwirrung ausgelöst. Am Morgen des gleichen Tages mußten dann alle jene, die sich allen Ernstes auf eine Fahrt in ein besseres Jenseits vorbereitet hatten, feststellen, daß gegen Dummheit scheinbar noch kein Kraut gewachsen ist. Solche Weisheiten, die dazu verbreitet werden, um bei der Bevölkerung Verwirrung hervorzurufen, sollten auch öffentliche Sprachrohre wie das Radio Stuttgart besser für sich behalten.

„Unsere deutschen Konkurrenten“

Der vom linken Flügel der Labour Party herausgegebene „New Statesman and Nation“ veröffentlichte einen bemerkenswerten Artikel, den wir uns wesentlich gekürzt wiedergeben. Er zeigt anschaulich die Ausweglosigkeit, in der sich die kapitalistische Wirtschaft befindet und die große Enttäuschung über den Bruch der den Völkern gegebenen Versprechen, eine Enttäuschung, die sich immer stärker auch in die Reihen der britischen Sozialdemokratie einfrisst. Dem deutschen Arbeiter wird gezeigt, wie er bereits heute als Lohnrücker gegen seine ausländischen Klassengenossen mißbraucht wird.

Kaum haben die Räder der Industrie Westdeutschlands begonnen, sich wieder zu drehen, da haben auch schon egoistische britische Fabrikanten gegen die deutsche Konkurrenz zu protestieren begonnen. Erst waren es Fabrikanten wissenschaftlicher Instrumente, dann die Uhrenfabrikanten und danach die Automagneten. Fast jede Woche empfängt die Handelskammer eine andere entrüstete Delegation...

Sie (die englischen Fabrikanten, d. Red.) sahen selbstzufrieden zu und klatschten Beifall, als ihre diplomatischen Verbündeten im Außenministerium und State Department Mr. Bevin große Versprechungen, nämlich die soziale Struktur Deutschlands zu verändern, zu nichte machten, als die niedrige Produktion in Deutschland offiziell beklagt und Rußland zur Last gelegt wurde, als die Grundfesten des deutschen Kapitalismus gegen den Bolschewismus verteidigt wurden und die Struktur der monopolistischen „freien Unternehmerritu-

Die Gewerkschaften stellen mit Bedauern fest, daß beim Personalabbau die Anregung der Regierung zur Pensionierung von älteren Beamten nicht genügend befolgt wurde. Gerade diese Maßnahme würde keine Härte für die Betroffenen und auch keine Belastung des Fürsorgetats mit sich bringen.

Deshalb fordern die Gewerkschaften, die gekündigten Arbeiter und Angestellten solange im Dienst zu belassen, bis ihnen durch das Arbeitsamt, oder durch die sie beschäftigende

Behörde ein neuer Arbeitsplatz nachgewiesen werden kann. Die Gewerkschaften als die Organisation der größten und zahlreichsten Steuerzahler sind entschlossen, diese Forderung mit allen Mitteln durchzukämpfen.

Die Gewerkschaften erwarten, daß in Anbetracht des Ernstes der Lage die in Frage kommenden Behörden, ebenso der Stadtrat und der Kreisrat in außerordentlichen Sitzungen sich sofort mit ihrem Antrag beschäftigen und diesbezügliche Beschlüsse herbeiführen.

Was unsere Leser schreiben:

„Das ist die Wahrheit“

Der, der den Artikel „Was ist Wahrheit“ in der Südwestdeutschen Volkszeitung vom 2. März schrieb, hat damit bewiesen, daß er die Zustände in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern und die Betreuung der Kriegsgefangenen in den Jahren seit 1946 nicht kennt. Dafür aber versteht er es meisterhaft, die Wahrheit zu verdecken, in die Trompete der Hetze und Verleumdung zu blasen und damit beizutragen, daß das deutsche Volk wiederum in einen Krieg gegen die Sowjet-Union getrieben wird.

Wir aus Sowjetrußland zurückgekehrten Kriegsgefangenen verfahren uns gegen die Behauptung, daß unsere Gefangenschaft einer Bestrafung gleich kam. Ein jeder von uns weiß, daß er das harte Los der langen Gefangenschaftsjahre nicht der Sowjetunion, sondern denjenigen zu verdanken hat, die uns in das Abenteuer des Ueberfalls auf das sowjetrussische Volk geführt und die auch für das Schicksal der nicht mehr Wiederkehrenden verantwortlich gemacht werden müssen. Wir haben drüben, jeder nach seiner Möglichkeit dazu beigetragen, wenigstens ein Teil dessen wieder gutzumachen, was die deutsche Wehrmacht dem sowjetischen Volk zugefügt hat. Damit haben wir selbstredend für das deutsche Volk Wiedergutmachungsarbeit geleistet. Wenn der Artikelschreiber der SÜVOZET unsere Gefangenschaft als eine Bestrafung durch die Sowjet-Union bezeichnet, so müssen wir dagegen scharfsten Protest erheben. Wir fühlen uns nicht durch das sowjetrussische Volk bestraft, sondern durch diejenigen, die uns durch ihren Angriffskrieg in das sowjetische Land geführt haben. Uns ist drüben ein Licht aufgegangen, bei dem wir uns für die harten Jahre zu bedanken haben. Es sind dieselben Kräfte, die Hitler in den Sattel gehoben haben und heute wieder gegen die Sowjet-Union Kriegszüge betreiben. Als Bestrafung muß ich die Tatsache auffassen, daß nach unserer Rückkehr gerade diejenigen, die aus unserem langen, harten Los politisches Kapital zu schlagen suchen, sich nicht darum bekümmern, ob uns der Staat wieder Arbeit verschafft und wenigstens versucht, uns den materiellen Verlust auszugleichen, welcher durch Berufstrennung und Dienstausfall seit Kriegsende entstand. Uns scheint der Artikel „Dies ist die Wahrheit“ in der Tageszeitung „UNSER TAG“ vom 19. Februar den Nagel auf den Kopf zu treffen und daß verschiedene Volksvergifter diese Wahrheit nicht vertragen können. Sie würden sonst nicht ein solches Geklaff gegen die Leistungs-normen erheben, die unserer Aubarbeit zu Grunde lagen. Die Arbeitszeiten waren verschieden, dem Gesundheitszustand angepaßt, auch waren wir dauernd unter ärztlicher Kontrolle. Es gab drei verschiedene Leistungsgruppen. Viele sind durch ihren Gesundheitszustand aus den Krankenhäusern gefahren, und das Klima wirkte zum großen Teil auch mit auf die durch die langen Kriegsjahre schon anfällig gewordenen Gefangenen. Die ersten Jahre wurden nur Kranke entlassen und das wirkte erschreckend auf die deutsche Bevölkerung. Man bedachte eben nicht, daß viele durch die Strapazen, die im letzten Kriegsjahr durchzumachen waren, schon sehr schwach waren. Wenn die Zustände in den Lagern auch sehr verschieden waren, so

konnten wir uns von Seiten des sowjetischen Volkes nicht beklagen, wir waren im Gegenteil überrascht über die gute Aufnahme und Behandlung. Das Leben in den verschiedenen Lagern hat sich mit den Jahren dann auch gebessert. Gewiß wir haben uns mit dem sowjetischen Volk die ersten Jahre durchgehungen, aber als Ende 1947 das Kartensystem in Rußland in Wegfall kam, da konnten wir mit unserem verdienten Geld alles kaufen.

Damit denke ich, der SÜVOZET und dem Schreiber des Artikels „Was ist Wahrheit“ eine deutliche Antwort gegeben zu haben. Lügen haben immer kurze Beine, mir geht es darum, den Angehörigen von Kriegsgefangenen in der Sowjetunion die Lage so zu schildern, wie sie war und wie sie ist.

Ein zurückgekehrter Kriegsgefangener.

Mir hán uns um nit bekümmert

Im Sommer 1943 stand ich am Emmendinger Bahnhof. Da begegnete mir die Frau eines Kleinbauern aus Mündingen in Schwarz gekleidet. Ich hatte gehört, daß Sie ihren lieben Sohn auf dem Schlachtfeld verloren hatte und sprach ihr mein herzliches Beileid aus. Im Verlauf der Unterhaltung sagte Sie: „Mir hán is um nit bekümmert, sin däne nogjagt und hán unsre eigene Kinder s Grab gschuelt.“

Erstaunt über diese offene Selbstanklage dieser einfachen Frau ging ich nach Hause. Liebe Frauen und Mütter! Diese Frau, eine unter Tausenden hatte erkannt, daß es nur durch unsere Gleichgültigkeit und sich um Nichtskümmern dem Hitlerregime möglich war einen Krieg vom Zaune zu brechen und wir dadurch beigetragen haben, unseren Kindern und Männern das Grab zu schaufeln.

Mütter und Frauen hört die Mahnung der Kommunistischen Partei ehe es zu spät ist. Wer Krieg will, ist ein Verbrecher an seiner Familie, ein Verbrecher am deutschen Volke, ein Verbrecher an den Werktätigen der ganzen Welt.

Frauen und Mütter! Kämpft gegen den Krieg und zeichnet Euch ein in die Unterschriftenlisten zur Bekämpfung der Atomwaffen.

Klara Sabionski.

Die Stimme einer Frau

Dieser Tage veröffentlichten wir einen Bericht über die Tagung des Offenburger Schwurgerichts in Rastatt, in dem ein Fall behandelt und besprochen wird, in dem eine Frau wegen Abtreibung in 80 Fällen verurteilt wurde. Hierzu erhalten wir nun von einer Frau folgende Zuschrift:

Den Bericht über die Schwurgerichtsverhandlung finde ich im Sinne unserer Presse sehr gut kommentiert und er eignet sich vorzüglich dazu, nicht nur die Frage um den § 218 wieder aufzuwerfen, sondern auch einmal darauf hinzuweisen, wie mangelhaft die Schwurgerichtsbank zusammengesetzt ist, in bezug auf die Vertretung der Geschlechter bei den Geschworenen. Gerade die Tagesordnung der abgelaufenen Sitzungsperiode enthielt mehrere Fälle, bei denen weibliche Angeklagte zur Beurteilung standen. Nicht, daß ich absolut die Auffassung vertritt, daß Männer von vornherein einer Frau nicht gerecht werden könnten, ebensowenig wie es im umgekehrten Fall

einfach von der allgemeinen menschlichen Bildung des Geschworenen abhängt, ob er der Verhandlung gewachsen sein wird, oder nicht.

Es geht aber doch darum, daß man feststellen muß, daß überhaupt keinerlei weibliche Geschworene berücksichtigt worden ist, zumal in dem Abtreibungsfall, wobei es sich um so spezielle Angelegenheiten der Frauen handelt. Ich bin persönlich Gegnerin willkürlicher Abtreibungen, weil sie der Lebensbejahung widersprechen. Aber eine Frau so schwer zu verurteilen, die in außerordentlicher Notzeit, herbeigeführt durch das größere Verbrechen des Krieges, eine unerlaubte Geburtenverhütung praktizierte, kann nur aus einer zeitfernen und dadurch ungerechten Beurteilung der Notlage des weiblichen Geschlechts erfolgen. Die Armut kommt immer noch von der pauvreté! Die hohe Zahl der zugestandenen Abtreibungen bei dem Rastatter Fall kann nur aus der ungeheuren Lebensnot unserer Tage, insbesondere für die Frauenwelt, erklärt werden, welche Anspruch darauf erheben kann, mehr als es der Fall gewesen ist, in ihrer uesten Sache gehört zu werden!

Die Straße ist kein Spielplatz!

Mit Beginn der wärmeren Witterung kommen auch die Ball- und Hüpfspiele der Kinder wieder in Mode — leider ausgerechnet auf unseren Verkehrsstraßen, die von jeher ein gefährlicher Spielplatz für die Kleinen sind, und dazu auch noch den Verkehr gefährden. Eltern und Erzieher tun gut daran und handeln auch im Interesse ihrer Kinder und der Verkehrssicherheit, wenn sie die Buben und Mädchen auf das Gefährliche ihres Tuns immer wieder aufmerksam machen. Auch zum Rückzug der Jungens von den „Kick“-plätzen benützten landwirtschaftlichen Nutzflächen ist es nun, da die Frühjahrsfeldbestellungen in Gang kommen, höchste Zeit.

Suchdienst

Der SERVICE DES PERSONNES DEPLACÉES, Schloß Rastatt, Baden, bittet um Auskunft über das Schicksal oder die jetzige Adresse der folgenden vermissten Personen:

- DUSCH Georges, am 28. 12. 1909 geb.; am 9. 4. 44 nach Heilbronn einberufen.
- DUDENHOFFER Joseph, am 17. 3. 1923 geb.; am 13. 1. 1943 einberufen, sei desertiert am 5. 9. 1943 in der Gegend von Tassanowka, 50 km von Charkow, hat durch den Radio im Mai 1945 ein Lebenszeichen gegeben.
- DUMOULIN Joseph, am 31. 3. 1928 geb.; am 5. 11. 43 einberufen. Letzte Adresse Reiter-Ers.-Ausb.-Batt. I in Gnesen; sei am 28. 3. 1945 in Keszthely (Ungarn) vermißt.
- DUVAL Marcel, am 5. 3. 1923 geb.; am 13. 1. 1943 nach Teplitz einberufen.
- EBER Edmond, am 15. 9. 1917 geb.; am 28. 6. 1943 einberufen; seit 9. 8. 44 in Bizegavo vermißt.
- EBERHARDT Albert, am 23. 1. 1924 geb.; am 15. 3. 1943 einberufen; letzte Nachricht vom 13. 1. 1945 bei Radom (Polen).
- EBY Charles, am 13. 8. 1918 geb.; am 19. 4. 1943 nach Westhausen einberufen. Letzte Feldpost-Nr. 24 062 C. Letzte Nachricht 14. 11. 1944 aus dem Spital von Marburg.
- ECKERT Charles, am 17. 12. 1912 geb.; am 11. 9. 44 nach der Schlieffenkaserne Heilbronn einberufen.
- EDEL Ernest, am 25. 1. 1922 geb.; einberufen A.A.?
- EBERHARDT August, am 11. 11. 1913 geb.; am 22. 4. 1944 einberufen. Feldpost-Nr. 217 144 D.
- EBRLACHER Albert, am 6. 10. 1920 geb.; am 16. 1. 1943 einberufen; im Oktober 1944 vermißt.
- EICH Alphonse, am 28. 1. 1923 geb.; am 13. 1. 1943 einberufen.
- EISENHÄUSER Rémy, am 27. 9. 1923 geb.; am 16. 5. 1943 einberufen; war in Warschau.
- ENDERLIN Ernest, am 5. 8. 1913 geb.; am 20. 7. 44 einberufen.
- ENDT Leon, am 4. 3. 1915 geb.; am 25. 6. 1943 einberufen nach Rösslin. Letzte Feldpost-Nr. 18 789 B.
- ERBS Eugène, am 7. 11. 1913 geb.; am 22. 4. 1944 nach Gnesen (Warthegau) einberufen; letzte Feldpost-Nr. 23 427 E.
- ERHARDT Parisot Lucien, am 21. 2. 1913 geb.; am 24. 4. 1944 einberufen.
- ERHART Jean Jacques, am 25. 2. 1921 geb.; am 25. 10. 1943 nach Oppeln-Birkenta (Oberschlesien) einberufen.
- ESSNER Alfred, am 10. 1. 1915 geb.; am 30. 3. 1944 einberufen.
- ESTERMANN Fernand, am 16. 5. 1919 geb.; im April 1943 einberufen.
- ETTILLER Joseph, am 7. 3. 1914 geb.; am 27. 7. 1943 einberufen.
- FAISST Charles, am 10. 3. 1920 geb.; am 20. 8. 1943 nach Mülhausen einberufen. Letzte Feldpost-Nr. 04 540 D; letzte Nachricht vom 2. 11. 1944, östlich Hammelstein.
- FALCK Antoine, am 13. 2. 1915 geb.; am 24. 8. 1943 einberufen.
- FATH Marcel Marc, am 12. 12. 1921 geb.; am 15. 1. 1943 einberufen; seit 29. 10. 1943 in Prilegowka, 50 km westlich Mogilios (Rußland) vermißt.
- FEIER Marcel, am 1. 12. 1913 geb.; am 13. 1. 1943 nach Berlin-Spandau einberufen.
- FELBER Albert, am 26. 12. 1921 geb.; am 21. 5. 1943 einberufen.
- FELS Joseph, am 30. 1. 1924 geb.; am 29. 10. 1942 einberufen.

Brian Robertson, daß die Engländer beabsichtigen die deutsche Wirtschaft wiederherzustellen und ihr „lediglich aus militärischen Gründen gewisse Beschränkungen aufzuerlegen.“ Man hätte genauso gut sagen können, daß wir gekämpft, gelitten und den Krieg gewonnen haben, nur um den alten Status quo wiederherzustellen, ohne soziale, moralische oder wirtschaftliche Veränderungen zu fordern. Wer hätte es gewagt, so etwas 1945 zu sagen?

Bevin trägt schwere Verantwortung

Mr. Bevin trägt für diesen Zustand eine schwere Verantwortung. Trotz all seiner gegenteiligen Erklärungen hat er nichts getan, um die Schwerindustrie in der britischen Zone zu sozialisieren, nichts um zu garantieren, daß die Gewerkschaften bei der Leitung der Betriebe und den Arbeitsbedingungen wirklich etwas zu sagen haben, nichts um zu verhindern, daß die Unternehmer die Dinge so gestalten, wie es ihnen am besten paßt. Noch springen die Folgen dieser Entwicklung nicht jedermann ins Auge. Was wird aber geschehen, wenn die auf niedrigen Löhnen basierende deutsche Konkurrenz wirklich anfängt, sich in den britischen Exportmärkten festzusetzen?

So wie bisher weiterzumachen, oder vielmehr die Dinge so laufen zu lassen, wie sie laufen, bedeutet... daß die Briten das Wettrennen um die Märkte wieder aufnehmen müssen, das sich wahrscheinlich genau so rücksichtslos und anstrengend gestalten wird, wie nach dem ersten Weltkrieg. Wir uns klar sein: von einer mörderischen Konkurrenz auf dem Gebiet des Handels ist es nicht weit bis zur politischen Feindschaft.

Offenbacher Kickers setzen Siegeszug fort

Eintracht Frankfurt bezwingt VfR Mannheim 1:0 - Fortuna Freiburg hatte Glück - Kuppenheim festigt Führung in der südbadischen Landesliga

Alles auf einen Blick

Table with football statistics for various clubs and leagues, including Oberliga Süd, Kicker Offenbach, and VfR Mannheim.

Oberliga West: Borussia Dortmund - Fortuna Düsseldorf 3:1; Schalke 04 - Horst Emscher 1:4; Erkenschwick - Essen 1:1; Hamborn 07 - Münster 0:0; Würselen - Oberhausen 0:2; Katernberg - Aachen 4:1; Rheania Würselen - Rot-Weiß Oberhausen 0:2.

Oberliga Nord: Concordia Hamburg - Braunschweig 3:4; Göttingen - Eimsbüttel 3:2; Werder Bremen - Arminia Hannover 3:1; Lübeck - Bremerhaven 3:3:1.

Zonenliga Süd: Villingen - Biberach 6:0; VfL Freiburg - Offenburg 4:3; Rastatt - Fortuna Freiburg 3:4; Singen - Schweningen 3:0; Friedrichshafen - Reutlingen 2:1.

Table with football statistics for clubs like Fortuna Freiburg, Eintracht Singen, SV Rastatt, and others.

Zonenliga Nord: TuS Neuenhof - Eintr. Trier 4:1; Wortmatta Worms - Phönix Ludwigshafen 5:1; Mainz 05 - VfL Neustadt 2:4; Andernach - Weisau 3:2; Trier - Oppau 2:1; Pirmasens - FC Kaiserslautern 7:4.

Landesliga Südbaden: Ottenau - Kuppenheim 1:3; Lahr - Engen 6:0; Emmendingen - Stockach 3:1; Blau-Weiß Freiburg - Gutach 4:1; St. Georgen - Baden-Baden 2:2.

Table with football statistics for clubs like Kuppenheim, Lahr, Baden-Baden, and others.

Handball-Zonenliga: Schutterwald - Offenburg 11:2; Brombach - Lörrach 4:3; Zähringen - VfL Freiburg 4:4; Lahr - Fortuna Freiburg 4:1.

Die Punktejagd in den Bezirksligen

Bezirksliga Baden-Baden, Staffel Nord: Kuppenheim II - Au am Rhein 1:4; Bischweiler - Elchesheim 3:1; Sandweiler - Dürmersheim 1:4; Illingen - Bietighelm 2:0; Rotenfels - Oettingen 0:4. Bezirksliga Baden-Baden, Staffel Süd: Baden-Baden II - Rastatt II verlegt; Oos - Schwarzbach 3:0; Fautenbach - Bühl 2:2; Kappelrodeck - Achern 2:3; Bühlertal - Söllingen 3:2; Ifezheim - Sinzheim 2:2.

Den Fortunen war das Glück hold

SV Rastatt - Fortuna Freiburg 3:4 (2:2)

Das offensiv begonnene Spiel der Fortunen hatte zunächst kein Erfolg. Rastatt hatte sich in diesem Spiel viel vorgenommen und spielte zeitweise großartig auf. Bereits in der ersten Minute vergab Knorr eine tödliche Chance. Zwei große Schnitzer der Rastatter Hintermannschaft brachte jedoch die Fortunen mit 2:0 Toren in Führung. Doch die Platzelf, deren Sturm wirklich prachtwoll aufgelegt war, blieb noch vor der Pause durch Bombenschüsse von Stöcklin und Kunkelmann aus. In diesem Augenblick war die Stimmung bei den Gästen buchstäblich auf Null gesunken und wohl die wenigsten dachten noch an einen Fortuna-Sieg. Aber in der 40. Minute gelang es aus einem gut eingefädelten Angriff von dem gefährlichen Lichty mit Flöhl das 3:2 herauszuholen. Im Gegenzug jedoch schloß Steinacker mit einem Bombenschuß eine gute Kombination der Einheimischen ab. Die Überlegenheit von Rastatt wurde nun geradezu drückend und die Fortunen wurden in ihren eigenen Strafraum gedrängt. In diesem Augenblick, als der Sieg der Rastatter in der Luft hing, konnte Lichty die weit aufgerückte Rastatter Verteidigung im Anschluß an eine Steilvorlage geschickt überrumpeln und zum Siegestreffer einschleusen. Die Fortunen aber haben ihrem Namen wieder einmal Ehre gemacht.

Punkteilung in St. Georgen

St. Georgen - Baden-Baden 2:2 (0:1)

Das vom Schnee bedeckte Spielfeld ließ ein flüssiges und technisch gutes Spiel nicht aufkommen. Den Kurstädtern war dadurch eine Waffe, die sie in diesem Spiel unbedingt zum Favorit machte, aus der Hand genommen. Kampf war die Parole für die Schwarzwälder. Mit einem überraschenden Weitschuß konnte der Baden-Badener Seitz bereits in der 4.

Knapper Sieg der Offenbacher Kickers

Die erste Doppelveranstaltung des Jahres 1949 im Frankfurter Stadion lockte 30 000 Zuschauer an. Im ersten Spiel maßen sich die Offenbacher Kickers und Ulm 46. Das Treffen wurde in der 83. Minute durch ein Tor des Offenbacher Rechtsaußen Kaufhold zu Gunsten des Tabellenführers entschieden. Das Ergebnis alleine wird schon die meisten Tipfreunde überraschen, gibt aber dennoch den Spielverlauf nicht richtig wieder. Offenbach mußte sich jeden Ball erkämpfen und dies schien der Oswald-Erf nicht zu behagen. Die Ulmer, die das rechtzeitig erkannten, setzten sich vorbildlich ein und brauchten sich leistungsmäßig vor dem Tabellenführer nicht zu beugen. Tureks ungenheure Ruhe breitete sich auf seine Vordermänner aus, die von Minute zu Minute mehr an Sicherheit gewannen und vor allen Dingen auch den Sturm, in dem Schoy und Bertele überragten, befehligen. Erst zu dem Zeitpunkt, an dem alle den Ulmern das Unentschieden gegönnt hätten, denen übrigens schon vor der Pause die ganze Sympathie des

Der ASV-Sturm in blendender Schusslaune

ASV Villingen I - Spvg. Biberach I 6:0 (4:0)

Endlich wieder einmal eine ansprechende Leistung der Schwarzwälder, auf die der Anhang der ASV schon seit Beginn der Rückrunde vergeblich gewartet hatte. Mit einer erneuten Umstellung im Sturm und Munz auf dem linken Außenläuferposten, konnten die Einheimischen eine großartige Partie gegen die schwäbischen Gäste liefern. Der Sturm der Schwarzwälder war in diesem Treffen unabwehrbar das Glanzstück, besonders Briegel als Angriffsmotor leistete ein gewaltiges Arbeitspensum. Oehler, wieder auf dem alten Posten, ist in den kommenden Spielen von diesem Posten nicht wegzudenken. Spielfreudig und einfallreich zeigten sich Lossin und Mauch im Verein mit den Außenläufern Armbruster und Munz, die in der Abwehr, aber auch im Aufbau ihren Mann standen. In der Gästemannschaft fiel besonders der junge Schneider auf, der den bewährten Abwehrkämpfer Kammerer und Rosenfelder und dem wieder äußerst soliden Benz nicht nachstand. Die Gäste aus Oberschwaben hatten in ihrer Läuferreihe mit Hänle und Köhler sowie Sturmführer Hubrich gute Stützen und dürfen mit Recht als Ueberraschungself angesehen werden. Schon 7 Minuten nach Anpfiff hieß es 2:0 für den ASV. Zwei Eckbälle, der erste direkt

Publikums galt, entschied Kaufhold auf die oben geschilderte Weise zu Gunsten der Kickers.

Eintracht schlägt Tabellenzweiten

Imponierend starteten im zweiten Spiel der Doppelveranstaltung im Frankfurter Stadion die Mannheimer Rasenspieler gegen die Frankfurter Eintracht. Die Eintracht operierte geschickt aus der Deckung heraus und setzte nach einer Viertelstunde das Spiel von sich aus in Szene. Old Boy Dosedzal war es in der 37. Minute in einem Gedränge Adleringer sicherzustellen. Aus einem Gewühle vor Joeckels Tor heraus gab Baas wohl überlegt den Ball an Dosedzal, der aus etwa 7 m Entfernung durch zahllose Beine von Freund und Feind zum einzigen Treffer einsenden konnte. Mannehs Ausgleichversuche nach dem Wechsel scherterten schon an der gut zusammenarbeitenden Frankfurter Läuferreihe mit Kudras, Giller und Heilig. Mit diesem Erfolg dürfte sich die Frankfurter Eintracht die Oberliga-Zugehörigkeit endgültig gesichert haben.

und der folgende im Nachschuß, brachten dieses Ergebnis zustande. Die Gästedeckung wurde unter starkem Druck genommen und immer wieder war es Briegel, der die Bälle in den Sturm trug. Die Schwaben hatten in diesem Zeitabschnitt fast kaum eine Chance. Pfaff war der Schütze des dritten Treffers, während Oehler den Halbzeitstand herstellte. Nach dem Seitenwechsel war zuerst der Gast tonangebend. Benz mußte sich einigemal gewaltig strecken, um über die Bombenschüsse des Gästesturms Meister zu bleiben. Aber zu kurz ist das Strohfeder der Schwaben um dem ASV ernstlich gefährlich zu werden. In der 58. Minute vollstreckte Rosenfelder einen Hand-Elfmeter. Zu vielbeinig war nun die Abwehr der Männer von der Riß und vergeblich rannten die Stürmer des ASV gegen dieses Bollwerk an, bis in der letzten Spielminute Briegel eine Lücke fand und den 6. Treffer markierte. Schiri Böres, Lahr, war für diesen harten Punktkampf in seinen Entscheidungen zu nachsichtig.

Weitere Ergebnisse:

ASV Villingen II - SV Bräunlingen I 0:0; ASV Villingen B-Jugend - SV Bräunlingen A-Jugend 7:0; SV Blumberg I - ASV Villingen Ib 5:0.

Offenburg verliert in letzter Minute

VfL Freiburg - SV Offenburg 4:3 (2:2)

Es war ein harter Kampf zwischen dem absteiggefährdeten VfL Freiburg und dem SV Offenburg, der erst in der 89. Minute zu Gunsten der Einheimischen entschieden wurde. Der VfL zeigte ein zeitweise leicht überlegenes Feld-Spiel und konnte auch in der 9. Minute durch Kerkermeister den Führungstreffer erzielen. Als dann Böcherer in der 20. Minute im Anschluß an einen Eckball zum 2:0 einköpft, glaubte man das Treffen schon entschieden. Doch die einsetzenden Gäste kamen nun mehr ins Spiel und brachten die VfL-Verteidigung durch schnelle Durchbrüche immer wieder in Verwirrung. In der 40. Minute gelang es dann auch den ersten zählbaren Erfolg zu erringen. Wenige Minuten später schoß der Offenburger Mittelstürmer zum 2:2 ein, und so ging man unentschieden in die Kabinen. Nach Wiederanspiel legten die Einheimischen mächtig los und wieder war es Böcherer, der einen Eckball zum 3:2 verwandeln konnte. Noch einmal konnten die Gäste gleichziehen.

Dies war ein Signal für die Einheimischen. Sie berannten ununterbrochen das gegnerische Tor, doch war es der ausgezeichnete Torhüter Schill, oder die mit letztem Einsatz kämpfende Gästeverteidigung, die jeden Angriff der VfL Fünferreihe zunichte machte. Erst in der 89. Minute fiel die Entscheidung, als Forster den viel umjubelten Siegestreffer erzielen konnte.

Achern nimmt auch die Kappelrodecker Hürde

SV Kappelrodeck - SV Achern 2:3 (0:2)

Achern stärkter Rivale, Kappelrodeck, machte es dem Meister nicht leicht, die Punkte mit ins vordere Achertal zu nehmen. Kappelrodeck stellte eine Elf ins Feld, die zweifelsohne etwas kam und nicht umsonst den zweiten Tabellenplatz hält. Der schnelle, spritzige Sturm schuf des öfteren heikle Situationen vor dem Gästetor und die gute Hintermannschaft leistete wirklich prachtwolle Arbeit. Die Gäste hatten ihren besten Teil ebenfalls in der Läuferreihe und Verteidigung, während der Sturm sich auf dem kurzen und besonders schmalen Feld nicht so recht entwickeln konnte. Rapp war in guter Form und schoß auch die drei Treffer für seine Farben, während Rapedius am schwersten mit den engen Platzverhältnissen zurecht kam. Ein von der ersten bis zur letzten Minute temporeiches und spannendes Spiel rollte vor den zahlreich erschienenen Sportbegeisterten ab. In den ersten Minuten kam Kappelrodeck blitzschnell vor das Gästegäßchen und Gusti Neurohr konnte auf der Linie nur noch mit einem Rückzieher retten. In der 20. Minute waren die Rotjaken im Angriff und Papp konnte den Ball unhaltbar in die Maschen jagen. Bereits in der 28. Mi-

Wenn die Motoren wieder heulen

Der Nürburgring ist startklar

Es hat lange gedauert, bis der Nürburgring aus seinem Dornröschenschlaf erwachte. Nun ist es aber soweit! Am 22. Mai wird der um die Nürburg führende 22 km lange Eifelrennkurs, auf dem die namhaftesten Spitzenfahrer der Welt sich unvergessene Motorenschlachten lieferten, seine lang erwartete Nachkriegspremiere erleben. Der Kampf um den traditionellen „Eifel-Pokal“ sieht die Elite des Motorradrennsports am Start. Da dieses Rennen als Lauf zur deutschen Straßenmeisterschaft gewertet wird, darf man dessen sicher sein, daß die einzelnen Klassen außerordentlich stark besetzt sein werden. Am 7. August kommt es alsdann zu einem weiteren Höhepunkt, der allen Motorsportfreunden das Herz höher schlagen läßt: Der Endlauf um die Deutsche Straßenmeisterschaft der Sport- und Rennsportereignis der Saison, stellt den Nürburgring wieder für einen Tag lang in den Blickpunkt des gesamten Sportgeschehens.

Quer durch Neuwied

Mansfelds DKW startet

Daß der „Fall Mansfeld“ mit dem Presse und Rundfunk sich in letzter Zeit über Gebühr be-

Haben Sie richtig getippt?

Das Ergebnis des 10. Toto-Wettbewerbs in Südbaden

Table with Toto betting results for Südbaden, listing clubs like VfL Konstanz, Rastatt, and others.

Das Ergebnis des 24. Toto-Wettbewerbs in Nordbaden-Nordwürttemberg

Table with Toto betting results for Nordbaden-Nordwürttemberg, listing clubs like FC Schweffurt, VfB Mühlburg, and others.

nute war es derselbe Spieler, der auf 2:0 erhöhte. Nach dem Wechsel setzten sich die Blau-Weißen mit mächtigem Elan ein und schossen in der 7. Minute das erste Tor. Das Tempo des Kampfes steigerte sich und Papp konnte in der 55. Minute den dritten Treffer für die Gäste markieren. Doch die Platzbesitzer ließen sich nicht entmutigen und stellten sechs Minuten später den alten Abstand wieder her. Der einsetzende Endkampf brachte vor beiden Toren noch dramatische Momente, doch glückte den Blauweißen der Ausgleich nicht mehr. Im Vorspiel unterlag Acherns Jugend mit 2:1 Toren.

Um den Fußball-Pokal von Baden

Die Paarungen für die 1. Vorschulrunde am 3. April

Der Spielausschussvorsitzende des Südbadischen Fußballverbandes, Rudi Potth, Freiburg, gibt amtlich bekannt: Die 1. Vorschulrunde um den Fußballpokal von Baden findet am 3. 4. 1949 statt. Die Auslosung ergab nachstehende Paarungen:

Eintracht Singen - Baden-Baden VfL Konstanz - Villingen Freilos: VfL Freiburg

Schwarzwaldmeisterschaft auf dem Feldberg

Die Schwarzwaldmeisterschaften 1949 auf dem Feldberg wurden am Sonnabendvormittag mit dem Abfahrtslauf eröffnet. Rund 90 Teilnehmer, darunter nur etwa 10 Frauen, gingen an den Start, während des ganzen Rennens ging ein leichter Schneefall nieder. Erst am Nachmittag klärte sich der wolkenbehagene Himmel zeitweilig auf. Bei den Männern hat sich die bayrische Abordnung, die zwar nur aus zwei Läufern, dem Zweiten bei den Deutschen Meisterschaften in Oberstdorf, Willi Klein (Oberstdorf), und dem Füssenener Behr besteht, so ausgezeichnet geschlagen, daß der Kombinationsieg diesen beiden Läufern schon sicher ist. Von den Schwarzwäldern machten Dotzi Hillemanns und Klaus Mölders, die frisch in die Klasse I aufgestiegenen Läufer, eine sehr gute Figur. Der Offenburger Mölders verlor jedoch im ersten Lauf durch Sturz viel Zeit, während sich Hillemanns im zweiten Durchgang kurz vor dem Ziel durch einen Sturz seine guten Aussichten verschätzte. Ein ausgezeichnetes Rennen fuhr der Karlsruher Korber, der all round-Skiläufer, der auf der Langlauf-Piste ebenso zu Hause ist, wie im alpinen Gelände. Bei den Frauen hatte Hildessee Gärtner Startnummer 1, und sie war auch zweifelslos Favoritin Nummer 1. Sie fuhr gewohnt sicher und kam in beiden Durchgängen ohne Sturz über die Distanz. Die Abfahrtsstrecke bot im gesamten viele technische Schwierigkeiten, sie war aber in jeder Hinsicht einer Meisterschaft würdig. Auch die bayrischen Läufer waren erstaunt über die Schwierigkeiten der Strecke. - Die Ergebnisse: Abfahrtslauf (Frauen): 1. Hildessee Gärtner (Skigilde Feldberg) 2:37.2 Min., 2. Liselotte Schmid (Skigilde Feldberg) 3:36.3, 3. Inge Kienzie (Skigilde Feldberg) 3:42.7. - Männer: Schwarzwaldmeister im Abfahrtslauf Willi Klein (Oberstdorf) 1:59.3 Min. (Tagesbestzeit), 2. Liddy Wehr (Füssen) 2:03.0, 3. Siegfried Korber (Karlsruhe) 2:18.6, 4. Miano Krieg (Skigilde Feldberg) 2:24.0. - Altersklasse 1. Friedrich Tippelt-Wehr (Heidelberg) 3:08.6 Min., 2. Hubert Baumstark (Hinterzarten) 3:12.0, 3. Willi Schweitzer (Schramberg) 3:22.9. - Von den Frauen kommt die erste Teilnehmerin, von den Männern die ersten 36 und von der Altersklasse ein Teilnehmer am Sonntag in den Torlauf.

Südwestdeutsche Heimat-Umschau

Freiburg. Mit der Uebernahme der Lebensmittelkarten der Bizone in den Ländern der französischen Zone ab 1. Mai werden die Säuglinge (0-1) künftig grundsätzlich als Normalverbraucher geführt und aus der Selbstversorgung für Fleisch und Schlachtfette ausgeschlossen.

Freiburg. Die Stadt Freiburg hat, wie in einer Stadtratssitzung festgestellt wurde, noch Auslandsschulden in Höhe von 30 000 Dollar und 2 Millionen Schweizerfranken.

Freiburg. Neuerdings bereichert sich die südbadische Ministerialbürokratie mit einer weiteren Bezugskarte, nämlich der Glühlampenbezugskarte. Sie begründet die Einführung dieser Karte mit dem Hinweis, daß nicht genügend Glühlampen vorhanden seien. Die Karten werden beim Empfang der Lebensmittelkarten für den Monat April ausgegeben. Ob mit der Einführung dieses neuen „Dokumentes“ der Glühlampemangel behoben ist, müssen wir allerdings stark bezweifeln.

Freiburg. Bei der Direktion Arbeit im Badischen Ministerium der Wirtschaft und Arbeit wurde ein Tarifregister errichtet. Eine darauf bezügliche Landesverordnung wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Säckingen. Das schon vor 15 Jahren aufgestellte Projekt eines Stausees im Hotzenwald ist neuerdings wieder ernsthaft in Angriff genommen worden. Der Stausee soll bei der Schlagsäge-Hogschür gebaut werden und eine Fläche von 110 Hektar einnehmen. Man will die Murg, den Ibach und sonstige kleine Wasserläufe des Hotzenwaldes für die Energiegewinnung des Schluchseewerkes nutzbar machen.

Lahr. Wie uns die Stadtverwaltung mitteilt, ist der Brentenbühlweg im Stadtwald, Distrikt V, ab 21. März für den Fuhrwerksverkehr wieder freigegeben.

Bad Peterstal. Die Bürgermeister aller Renchtal-Gemeinden ersuchten in einer Entschließung die Eisenbahndirektion, im Interesse der Bevölkerung und des Fremdenverkehrs, um sofortige Nachprüfung und Aenderung des durch die Zugseinschränkungen eingetretenen Zustandes.

Baden-Baden. Der internationale Fernsprechverkehr zwischen den drei westlichen Besatzungszonen und Chile, Columbien, Bolivien, Paraguay, Peru und Uruguay ist wieder aufgenommen worden.

Rastatt. Das Gericht zur Aburteilung von Kriegsverbrechen verurteilte am Freitag den ehemaligen Gestapo-Beamten Stefan Schäfer zu 18 Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit. Schäfer war angeklagt, als Chef des Würzburger Notgefängnisses in zahlreichen Fällen Gefangene mißhandelt zu haben. Der Mitangeklagte Klarmann wurde freigesprochen.

Villingen. Das Neue Theater Villingen bringt am Mittwoch, den 23. März, 20.30 Uhr, im Theater am Ring, die Oper „Martha“ von Flotow, unter der musikalischen Leitung von Kapellmeister Sigurd Klenter und der Inszenierung von Oberspielleiter Walter Eisenlohr zur Aufführung.

Konstanz. Konstanzer Lebensmittelhändler verkaufen die zum Aufruf gelangten Eier aus

Protest gegen die Preisfestsetzung zum Einkaufspreis, der 28 Dpf. beträgt. Auf den in ihren Geschäften ausgehängten Verlautbarungen brachten sie jedoch zum Ausdruck, daß sie zur Entgegennahme von Trinkgeldern (!) bereit wären.

Konstanz. Der kleine Bahnverkehr der schweizerischen Bundesbahn zwischen Konstanz-Kreuzlingen, Singen-Etzwillen und Waldshut-Koblentz (Schweiz) wird ab 15. Mai wieder aufgenommen.

Tübingen. 16 Bahnangestellte wurden wegen Diebstahls in Tübingen von der Bahnkriminalpolizei festgenommen. Nicht weniger als 40 Diebstähle gab der Haupttäter bereits zu.

Tübingen. In Südbaden sind noch drei Kreise und drei Gemeinden, in Nordbaden

sieben Kreise und 29 Gemeinden. In Nordwürttemberg drei Kreise und vier Gemeinden durch die Maul- und Klauenseuche betroffen. Wesentlich höher liegen dagegen die von der Seuche betroffenen Gebiete in Rheinland-Pfalz und in Hessen, während Württemberg-Hohenzollern zur Zeit seuchenfrei ist.

Erleichterungen bei Streikbeschränkungen

Freiburg. Das Badische Ministerium der Wirtschaft und Arbeit macht auf die im Amtsblatt Nr. 13 erschienene Anordnung aufmerksam, die hinsichtlich der Streikbeschränkungsmaßnahmen für Industrie, Handwerk und Handel Erleichterungen einräumt. Danach werden die den Fachkommissionen nur mit 80 Prozent zugeordneten Gesamtkontingente wieder ungekürzt gegeben. Auch wurden die mit Anordnung Nr. 11 während gewisser Tageszeiten verfügten Leistungseinschränkungen aufgehoben.

Aus aller Welt

Uberschwemmung in falschen Dollars

Lausanne. Die „Gazette de Lausanne“ bringt eine Meldung aus New York, derzufolge Europa und Amerika gegenwärtig mit falschen Dollarnoten förmlich überschwemmt werden. Umfangreiche Ermittlungen durch den amerikanischen Geheimdienst sind eingeleitet worden. Man vermutet in Deutschland, Spanien und Italien gut organisierte Falschgeldfabriken. In diesen Ländern und in Frankreich, wo bereits in Marseille eine Fälscherzentrale ausgehoben werden konnte, sind besonders große Mengen gefälschter Dollar-Noten aufgetaucht.

Stark vermehrter Falschgeld-Umlauf

Heidelberg. Der Umlauf von Falschgeld in Hessen ist nach offiziellen Angaben im Februar um 55 Prozent gegenüber Januar und um 500 Prozent gegenüber Dezember angestiegen. Im Februar wurden 2069 gefälschte Geldscheine im Gesamtwert von 22 429 DM eingezogen. Neuerdings wurden auch falsche Zehnpfennig-Geldscheine in Umlauf gesetzt.

USA drucken neue D-Mark

Frankfurt. Wie aus alliierten Finanzkreisen verlautet, sollen in naher Zukunft die blauen, im Offset-Druck erschienenen 20-DM-Scheine wegen der vielen Fälschungen aus dem Verkehr gezogen werden. Dafür sollen neue im Tief-Druckverfahren in den USA hergestellte 20-DM-Scheine ausgegeben werden. Die Ausrufzeit werde sehr kurz sein.

„Begleitumstände“ der Luftbrücke

Celle. Das Geschäftsleben und Gastwirts-gewerbe von Celle, dem größten Stützpunkt der Luftbrücke, hat seit den letzten Dezembertagen einen starken Auftrieb erhalten. Es kamen mit dem Ausbau zum Hauptpunkt der Luftbrücke zahlreiche Soldaten in die Stadt, und mit ihnen der „Troß“, die „freundlichen Mädchen“ oder „Veronikas“.

Die Statistik der Celler Behörden ergibt die Zahl von 348 geschlechtskranken Frauen für die Monate Januar und Februar 1949. In 134 Fällen war sofortiger Krankenhaus-

aufenthalt notwendig, 13 Jugendliche und 26 Personen unter 21 Jahren kamen ins Arbeitslager. Die Zahl der zugereisten „Damen“ wird auf 700 bis 800 geschätzt.

Bei nächtlichen Razzien werden sinnlos betrunkenen Frauen, die das Auto nicht besteigen können, kurzerhand mit dem Schlauch abgespritzt.

Arbeitslosenziffern in Oesterreich werden verheimlicht

Wien. Die Zahl der Arbeitslosen in Oesterreich steigt monatlich um 30 000. Wie die „Oesterreichische Zeitung“ berichtet, veröffentlichten die österreichischen Behörden seit Dezember vergangenen Jahres, als die Zahl der Arbeitslosen über 100 000 gestiegen war, nur noch Teilziffern, um es der Bevölkerung unmöglich zu machen, das Absinken der österreichischen Wirtschaft zu verfolgen.

Weiterer Mitteräter

Köln. Wegen dringenden Verdachts der Mitteräterschaft mit der Giftmörderin Swinka-Kuschinsky wird der Drogist Werner Bollgeh, geb. 8. 5. 1921 zu Iffmicken, Ostpreußen, gesucht. Bollgeh ist 1,82 m groß, schlank hat dunkelblondes Haar, wellige Nase, abste-hende Ohren, aufgeworfene Lippen und Blind-darmoperationnarbe.

Nachricht über seinen Aufenthalt nehmen alle Polizeidienststellen entgegen, besonders die Kriminalpolizei SK. Köln, Merlostraße 10/14, Telefon 74 641/43.

Schmuggler benützte eigene Flugzeuge

Paris. Die Pariser Luftpolizei verhaftete einen Schmuggler belgischer Nationalität, der mit eigenen Sportflugzeugen Flüge in die Schweiz und nach Belgien unternommen hatte. Er landete mit Vorliebe auf unbewachten Flugfeldern in der Gegend von Paris und lud dort seine Waren ab. Der Angeklagte gab zu, er habe 1000 kg amerikanische Zigaretten nach Frankreich gebracht. Die Zollbehörden schätzen den hinterzogenen Zollbetrag auf 64 Millionen Franken.

Gewerkschaften gegen Aufhebung der Verbrauchsregelung

Frankfurt. Die Verwaltung für Wirtschaft hat das Zweimächte-Kontrollamt gebeten, die Verbrauchsregelung für Schuhe aufzuheben. Ein gleicher Antrag für Spinnstoffe wird folgen. Diesen Schritt hat die Verwaltung für Wirtschaft angeblich auch im Einverständnis mit den Gewerkschaften getan.

Der Gewerkschaftsrat der Bizone betont in seiner Stellungnahme, daß er dazu niemals seine Zustimmung gegeben habe und daß die Lenkung und Kontrolle der Konsumgüterproduktion augenblicklich unentbehrlich sei. Die derzeitige „Warenschwemme“ sei auf die noch immer überhöhten Preise und die niedrigen Löhne zurückzuführen. Der breiten Masse sei es unmöglich zu angemessenen Preisen ihren wirklichen Bedarf an Konsumgütern zu decken.

Amerikanische Frauen sind erstaunt

München. Eine aus 33 Frauen bestehende amerikanische Touristengruppe berichtete auf einer Pressekonferenz über ihre Reiseeindrücke. Mit Verwunderung hätten sie festgestellt, daß man in Bayern so viele Kirchen und keine Wohnungen wiederaufbaue. Erstaunt seien sie ferner darüber, daß sich die deutschen Frauen so wenig um öffentliche Angelegenheiten kümmern.

Ohne Kommentar

Berlin (Südena). Unter Hinweis auf „Totalitätsbestrebungen der Berliner SPD“ wendet sich die Zeitung Jakob Kaisers „Der Tag“ heftig gegen die „Politik des starken Mannes“ und die sonderbaren Parlamentspraktiken der SPD, die für die Anträge der „kleineren“ Parteien neuerdings verlangt, daß diese vorher mit der Meinung der SPD abgestimmt werden.

Europas Ureinwohner

In einem Trichterfeld bei Maastricht, der Hauptstadt der holländischen Provinz Limburg, hat man bei Grabungsarbeiten in einer Tiefe von sieben Metern Gebeine gefunden, die wahrscheinlich vom „homo recens fossilis“ stammen. Der „homo recens fossilis“, ein Höhlenbewohner, lebte vor rund 30 000 Jahren und gilt, nach dem Neandertal-menschen, als der älteste Bewohner Europas. Bisher hatte man nur die steinernen Werkzeuge dieses Menschen gefunden.

Die bei Maastricht gefundenen Gebeine — eine Schädeldecke, ein mit einigen starken Zähnen und sehr kräftig entwickelten Eckzähnen besetzter Unterkiefer, ein Oberarm und ein Stück Unterarm — befanden sich in völlig unberührtem, blaugrauem Lehm der Maas. Ferner wurden noch fossile Reste von Wassertieren und Spuren gefunden. Soweit bekannt, wurden — abgesehen von dem Neandertaler-Schädel — bisher keine älteren menschlichen Ueberreste in Europa entdeckt. In jedem Falle glaubt man, die bei Maastricht gefundenen Fossilien dem „homo recens“ zuschreiben zu dürfen.

Man ist nun damit beschäftigt, an der Maastrichter Fundstelle eine tiefe Furche zu graben, um ein klares Profil der geologischen Schichten zu erhalten, die dann einem eingehenden Studium unterworfen werden sollen.

Nachruf
Durch einen plötzlichen ganz unerwarteten Tod wurde unser alter und treuer Kampfgenosse
Albert Ziegler
im besten Mannesalter aus unseren Reihen gerissen. Als Betriebsrat in den Fitting-Werken, als Stadtrat und aktiver Funktionär der Kommunistischen Partei, besaß er das Vertrauen und die Wertschätzung der Singener Arbeiterschaft, die mit ihm einen ihrer Besten im Kampf für Demokratie und Sozialismus verlor. Seine kämpferische Haltung soll uns Verpflichtung sein.
Kommunistische Partei, Ortsgr. Singen a. H.
Kreissekretariat Konstanz-Land.

Nachruf
Am 15. März, verstarb nach langjähriger Krankheit unser
Gen. Robert Osterloh.
Wir werden ihm stets ein treues Andenken bewahren.
Kommunistische Partei
Stadtkreisleitung Baden-Baden.

Bekanntmachung
Benützung von Immobilien, die Eigentum der ehemaligen deutschen Wehrmacht, Luftwaffe oder Kriegsmarine waren.
Alle Nutznießer und Besitzer von Immobilien (Gebäulichkeiten, Grundstücke, Baracken, Blockhäuser), die Eigentum der ehemaligen deutschen Wehrmacht, Luftwaffe oder Kriegsmarine waren, und sich in den Kreisen Lörrach — Müllheim — Säckingen — Waldshut — Neustadt — Freiburg — Emmendingen — Lahr — Wolfach — Donaueschingen — Villingen — Stockach — Konstanz — befinden, und Inhaber eines Vertrages oder einer vertragsmäßigen Abmachung, wie Kauf-, Miet- oder Pachtvertrag sind, die vor, während oder nach dem Kriege 1939-45 mit einer französischen oder deutschen Dienststelle abgeschlossen wurden, werden hiermit aufgefordert, sich sofort mit dem Directeur des Travaux du Genie de Bade, in Freiburg, Goethestraße 4, Telef. 455, zwecks gesetzlicher Regelung der Besitzerrechte der fraglichen Immobilien, in Verbindung zu setzen.
Nicht Befolgung dieser Aufforderung hat die Einziehung des betreffenden Besitzes zur Folge. Außerdem ist Strafverfolgung und Schadenersatzleistung wegen illegaler Benützung fremden Eigentums zu gewärtigen.

Aufklärung
Der Bevölkerung zur geil. Kenntnisnahme, daß unlautere Elemente am Werk sind, meine Firma durch Kauf von Altmaterialien zu schädigen, indem sie behaupten, daß ich nicht in der Lage wäre, das Altmaterial abzuführen. Es ist niemand von mir beauftragt, Altmaterialien für mich einzukauften. Abholungen erfolgen mit eigenen Fahrzeugen mit Firmen-Aufschrift:
Anton Amend, Rohprodukte
OFFENBURG Telefon 1550

Verschiedenes
Herstellungsverfahren für Feuersteine ohne masch. Anlage. Auskunft: R. Linke, Erfurt, Postfach 41. (32-263)
64 versch. weibl. Aktfotos 6.— DM Seitenheiten. Diskreter Versand. studio-galerie Sarstedt (20a) Heil-sede. (32-261)
Geburtenreg. u. -Verhütung durch Ehekalender, Stück 3,70 DM sendet unauffällig an Privat: HAN-SA-BARTH, (24a) Lübeck, Kephahaus 19/E1.

Heiraten
Kriegsversehrter, Anfang 44, ev., 1,70 m gr., wünscht mit Witwe gl. Alters, 1-2 Kinder nicht ausgeschlossen, in nähere Bekanntheit zu treten zwecks spätr. Heirat. Offerte mit Bild unter Nr. 39-350 an U. T. Lörrach, Feldbergstr. 7.
Verloren
Schlüsselbund und H-Uhr verloren gegangen. Abzugeben gegen Belohnung Freiburg, Bel-fortstr. 90 b. Amann. (20-110)

Lenin - Stalin
über August Bebel
Zwei wertvolle Aufsätze für alle Sozialisten in Deutschland mit einem Geleitwort von Otto Grotewohl. Broschür DM -30
Zu beziehen durch den Südwest-Verlag Offenburg, sowie durch sämtliche Geschäftsstellen, Agenturen u. Austräger von Unser Tag

Freiburger Veranstaltungen

HARMONIE LICHTSPIELE
Bis Donnerstag!
Der Film von dem man spricht und den jeder gesehen haben muß!
Die große musikalische Komödie mit zündenden Chansons
Der Apfel ist ab
Die alte Geschichte von Adam und Eva, neu erzählt von Helmut Käutner und Bobby Todd mit Bettina Moissi, Bobby Todd, Helmut Käutner.
Jugendverbot bis 16 Jahre!
Ab Freitag, den 25. 3. 49: Der erste Willi Forst-Film der neuen Wiener Produktion
Der Hofrat Geiger
— Mariandl —
mit Paul Hörbiger, Maria Andersgast, Hans Moser, Waltraut Haas.
— Jugendfrei! —
Täglich: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr. — Vorverkauf täglich von 10-12 Uhr. (K 8-18)

UNION-THEATER
Bis Donnerstag!
Der erfolgreiche deutsche Nachkriegsfilm
BEATE
Ein spannender Gegenwartsfilm mit Elena Luber, Richard Häußler, Roma Bahn, Axel Monje. — Jugendfrei!
Ab Freitag, den 25. 3. 49: Ein Lächerfolg ohnegleichen
Der Hochtourist
Nach dem gleichnamigen Bühnenstück von Kraatz und Neal mit Joe Stöckel, Trude Hesterberg, Margot Hielscher, Josef Eichheim, Charlotte Jaudert.
— Jugendfrei ab 14 Jahren!
Neue Wochenschau
Täglich: 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr. — Vorverkauf täglich ab 13 Uhr. (K 20-18)

Dr. med. Hubert Waldmann
Facharzt für Orthopädie,
Lörrach, Graßenstr. 8, Tel. 3003
Zu den Krankenkassen zugelassen.
Sprechstunden Dienstag bis Freitag 9-13 und 15-16 Uhr.

Aufforderung der Stadt Lörrach
Wegen des Jahresabschlusses werden Unternehmer, Handwerker und Lieferfirmen aufgefordert, ihre Rechnungen über die bis zum 31. März 1949 ausgeführten Aufträge für die Stadt Lörrach — soweit noch nicht geschehen — bis spätestens 5. April 1949 bei der zuständigen städtischen Dienststelle einzureichen.
Bürgermeisteramt Lörrach.